ISSN 0721-0752

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Wolfgang Kessler **3** **Chlor-Hähnchen für alle und andere Folgen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU**

Johann Walter **6** **Überschussliquidität: Ursachen, Folgen und mögliche Antworten der Geldpolitik**

Felix Fuders **15** **Indexierte Währungen und Recheneinheiten als Mittel gegen Inflation und Finanzkrisen?**

Axel Thorndorff und Tobias Schütze **25** **Geldschöpfung und Zins – heute und morgen**

Thomas Betz **38** **Geldschöpfung, Vollgeld und Geldumlaufsicherung**

Dirk Löhr **47** **Unmoralische Steuerhinterziehung in einem unmoralischen Steuersystem**

Elisabeth Meyer-Renschhausen **49** **Von der Bodenfrage zum "Reclaim the Commons"**

Bijan Kafi **55** **Gemeinschaft gestalten aus Erfahrung: Die ägyptische SEKEM-Initiative**

59 **Personalien – Berichte – Bücher**

51. Jahrgang **180/181.** Folge **April 2014**

PERSONALIEN

Prof. Dr. Margrit Kennedy

*** 21. November 1939 | † 28. Dezember 2013**

Kurz vor dem letzten Jahreswechsel erlag unsere Mitstreiterin Prof. Dr. Margrit Kennedy ihrem im vergangenen Sommer – leider zu spät – festgestellten Krebsleiden. In einem Nachruf in der Tageszeitung taz vom 30.12.2013 würdigte Ulrike Herrmann sie als „charismatische Vordenkerin" eines gerechteren Geldes.

In den frühen 1980er Jahren besuchten Margrit und ihr aus Irland stammender Ehemann Prof. Declan Kennedy, die damals beide als Architekten u.a. bei der Internationalen Bauausstellung in Berlin bzw. an der TU Berlin tätig waren, eine Tagung von Anhängern der Geldreformgedanken, bei der ein Vortrag von Helmut Creutz für sie zum Schlüsselerlebnis wurde. In diesem Vortrag klärte sich für sie, was ihr zuvor bei ihren Tätigkeiten als Architektin und Stadtplanerin im In- und Ausland rätselhaft geblieben war: nämlich die Frage, weshalb sich soziale und ökologische Projekte allzu häufig ‚nicht rechneten'. Die Antwort von Helmut Creutz, dass solche Projekte nicht die vom Kapital geforderte Rendite ‚abwerfen', überzeugte sie ebenso wie dessen These, dass das Wachstum von Geldvermögen durch Zinsen und Zinseszinsen und das damit zusammenhängende Wachstum der Realwirtschaft an natürliche Grenzen stoßen müssen. Daraus ergab sich für Margrit und Declan Kennedy eine Entscheidungssituation: sollten sie ihre ohnehin schon ökologisch motivierten Tätigkeiten fortsetzen oder sollten sie versuchen, sich der herkömmlichen Wachstumswirtschaft noch stärker zu entziehen?

Die Entscheidung fiel schon bald. 1985 zogen Margrit und Declan Kennedy in die Nähe von Nienburg, um dort zusammen mit anderen Menschen das Ökodorf „Lebensgarten Steyerberg" aufzubauen und in größerem Umfang die aus Australien stammende Landbaumethode der Permakultur zu praktizieren. Aber auch das Geldthema ließ Margrit Kennedy nicht mehr los und im Laufe ihrer weiteren Beschäftigung damit entstand Ende der 1980er Jahre ihr Buch „Geld ohne Zins und Inflation" (1990), das als Goldmann Taschenbuch mehrere Auflagen erlebte. Nach und nach folgten Übersetzungen in mehr als 20 Sprachen.

Als Margrit Kennedy von 1991-2002 im Fachbereich Architektur der TU Hannover eine Professur für Technischen Ausbau und Ressourcensparendes Bauen erhielt, trat ihr Engagement für ein gerechteres Geld vorübergehend in den Hintergrund. Aber schon wenige Jahre später begann sie zusammen mit ihrem Mann, geldpolitische Sommertagungen im „Lebensgarten Steyerberg" zu organisieren, bei denen abwechselnd in deutscher und englischer Sprache mit Wirtschaftswissenschaftlern über die Krisenhaftigkeit und Reformbedürftigkeit des bestehenden Geldwesens diskutiert wurde. Zu den Mitwirkenden gehörte u.a. der belgische Bankfachmann Bernard Lietaer, mit dem Margrit Kennedy im Jahr 2004 das Buch „Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand" veröffentlichte. Es wurde zum Grundlagenwerk für die damals gerade neu entstehende Regionalgeldbewegung, in der sich das von Christian Gelleri initiierte „Chiemgauer"-Regionalgeld bald zum erfolgreichen Vorzeigemodell entwickelte. Parallel zur Agrar- und Energiewende sollten regionale Komplementärwährungen zu einer Geldwende beitragen und Übungsfelder schaffen, auf denen sich praktische Erfahrungen im Umgang mit einem anderen Geld sammeln lassen.

Ein Highlight war der Kongress „Monetary Regionalisation" an der Bauhaus-Universität in Weimar, an dem im Herbst 2006 nahezu 300 Menschen aus mehreren Ländern teilnahmen. Danach ging das anfänglich noch kleine Netzwerk aus schon aktiven und noch in Startlöchern sitzenden Regionalgeld-Initiativen in den „Regionalgeld-Verband e.V." über, für den Margrit Kennedy die wichtigste Integrationsfigur und auch Förderin wurde. Daneben baute sie in den folgenden Jahren auch noch das internationale Netzwerk „Money Network Alliance" (MonNetA) auf, dessen Leitung fortan in den Händen der Hamburger Journalistin Kathrin Latsch liegen wird.

In der Zeit von 2003-2009 gehörte Margrit Kennedy auch dem Vorstand unserer „Stiftung für

Reform der Geld- und Bodenordnung“ an. Unseren Tätigkeiten gab sie zahlreiche inhaltliche Impulse und besonders dankbar sind wir ihr auch für ihre vielfältige Vernetzungsarbeit. Durch ihre Veröffentlichungen sowie durch ihre unzähligen Vorträge und Rundfunkinterviews wurde Margrit Kennedy zum „bekanntesten Gesicht der deutschen Geldkritiker“ (Ulrike Herrmann). Dank ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit und ihrer besonderen Gabe, komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich darzustellen und andere Menschen zu begeistern, erlangten die Geldreformgedanken einen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit, der ohne Margrit Kennedy ganz sicher nicht erreicht worden wäre.

Als nach dem ‚Ausbruch‘ der internationalen Finanz- und Schuldenkrise eine weltweite Occupy-Bewegung Proteste gegen die Macht der Banken organisierte, gab es Transparente mit der Parole, dass Banker nur 1 % der Gesellschaft ausmachten und dass sie ihre Interessen rücksichtslos auf Kosten der übrigen 99 % durchsetzten. Solchen Vereinfachungen begegnete Margrit Kennedy, indem sie das Motto „Occupy Wallstreet“ im Titel ihres letzten Buches in „Occupy Money“ (2011) umformulierte. Darin machte sie deutlich, dass es der Globalisierungskritik darum gehen sollte, die Strukturen des Geldwesens zu reformieren statt einzelne Akteure innerhalb der bestehenden fehlerhaften Strukturen an den Pranger zu stellen.

Bei unserer letzten Begegnung zwei Wochen vor Ihrem Tod äußerte Margrit Kennedy die bange Frage: Haben wir die Jahre der relativen Ruhe vor einem weiteren großen Sturm gut genug genutzt, um die Geldreformgedanken zu verbreiten? Welches Chaos könnte sich ausbreiten, wenn auf den internationalen Finanzmärkten weitere Blasen platzen und die Staaten dann nicht noch einmal sog. Rettungspakete mit dreistelligen Milliardenbeträgen finanzieren können? Neben dieser Sorge stand die Hoffnung, dass sich in zukünftigen Krisenzeiten Regionalwährungen als kleine Rettungsboote erweisen und dass sich dann auch wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Kräfte finden, die die Gesamtstruktur des Wirtschaftens gerechter gestalten. In dieser Hoffnung bleiben wir Margrit Kennedy dankbar verbunden. *Werner Onken*

Prof. Dr. Roland Geitmann

*** 13. April 1941 | † 4. Dezember 2013**

Nach einer schweren Krebserkrankung ist unser Mitarbeiter Prof. Dr. Roland Geitmann im vergangenen Dezember verstorben. Mit ihm verband uns ein langjähriges freundschaftliches Zusammenwirken, das bis zur Mitte der 1980er Jahre zurückreichte. Nachdem der studierte Jurist einige Jahre die Geschicke der Stadt Schramberg im Schwarzwald als sozialdemokratischer Oberbürgermeister geleitet hatte, war er Professor für Kommunales Recht an der Hochschule Kehl geworden, bevor er während eines Gangs über den Markt der Möglichkeiten beim Evangelischen Kirchentag 1985 in Düsseldorf das vom Augsburger Rechtsphilosophen Prof. Dieter Suhr verfasste Buch „Geld ohne Mehrwert“ in die Hände bekam. Dieses Buch erschloss ihm das weite Feld der Geld- und Bodenreformgedanken, die ihm bald als eine notwendige, freilich noch weiterzuentwickelnde Ergänzung zu seinem friedenspolitischen Engagement in Organisationen wie der Gustav-Heinemann-Initiative und dem Bund für Soziale Verteidigung erschien. In wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität erkannte Roland Geitmann ein unverzichtbares Fundament für politischen Frieden zwischen den Menschen und für einen Frieden mit der Natur. Sehr am Herzen lag ihm auch die aus der Anthroposophie hervorgegangene Dreigliederung des Sozialen Organismus, welche Gleichheit im Rechtsleben, Geschwisterlichkeit im Wirtschaftsleben und Freiheit im Geistesleben anstrebt.

So fand Roland Geitmann mehrere Tätigkeitsfelder innerhalb seiner Hochschule und außerhalb von ihr, die letztlich alle inhaltlich miteinander vernetzt waren. In der Hochschule Kehl war er Ethikbeauftragter und gründete eine Vorlesungsreihe „Forum Zeitfragen“, um die Studierenden nicht nur – wie er sagte – zu ‚Maschinisten auf der Titanic‘ auszubilden, sondern ihnen auch Orientierungen mit auf den Weg zu geben, die sie befähigen mitzuhelfen, die Titanic mit Hilfe einer lebensdienlichen „Sozialgestaltung“ von ihrem verhängnisvollen Katastrophenkurs abzubringen und sie in die Richtung einer gerechten und friedlichen Zukunft umzusteuern.

Für ihn als Kommunalverfassungsrechtler lag es besonders nahe, sich außerhalb seiner Hochschule auch in der Lokalen Agenda 21 zu engagieren. Und es kamen ehrenamtliche Tätigkeiten in den Bereichen gerechter Wirtschaftsordnung und direkter Demokratie hinzu.

Von 1989 bis 2009 war Roland Geitmann 1. Vorsitzender der Vereinigung „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung" (CGW) und danach deren Ehrenvorsitzender. In zahlreichen Vorträgen, Broschüren (u.a. „Damit Geld dient und nicht regiert") und Aufsätzen verband er die Geld- und Bodenreformgedanken mit den jüdischen, christlichen und muslimischen Sozialethiken, um sie in religiösen und kulturellen Überlieferungen zu verwurzeln. Bei insgesamt 13 Tagungen, die die CGW gemeinsam mit der „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung" (INWO) ab 1995 an Himmelfahrtswochenenden in Birkenwerder bei Berlin durchführte, wurde die Geschichte der Geld- und Bodenreformbewegung historisch-kritisch bearbeitet und es wurden diese Gedanken im Kontext mit zahlreichen aktuellen Themenfeldern diskutiert – mit der Situation von Frauen in der Wirtschaft, mit der Landwirtschaft, mit Fragen des Menschenbildes und der Demokratieentwicklung, mit Europa, mit dem Grundeinkommen usw. In der Vereinigung „Mehr Demokratie" engagierte sich Roland Geitmann für eine Erweiterung der repräsentativen Demokratie um direktdemokratische Instrumente von Volksbegehren und Volksabstimmungen. Er gehörte auch zu den Mitgründern des Kuratoriums von „Mehr Demokratie" und konzentrierte sich in seinen letzten Lebensjahren zunehmend auf die Bürgerbegehrensberatung, um die Demokratie in Gesetzgebung und Praxis weiterzuentwickeln und den Einfluss von Machtinteressen zugunsten des Volkswillens zurückzudrängen. Gleichwohl fand er auch noch die Kraft und die Zeit für eine Mitwirkung in der „Akademie auf Zeit – Solidarische Ökonomie".

Roland Geitmann war auch ein musisch sehr begabter Mensch, der hervorragend Violine und Klavier spielen konnte. Viele Tagungen gewannen durch sein Musizieren eine ganz besondere Atmosphäre. Als er uns im letzten Sommer seine Rezensionen zu zwei neuen Büchern von Jochen Hörisch und Friedhelm Hengsbach zusandte, ahnten wir nicht, dass es seine letzten Beiträge für unsere Zeitschrift sein würden. Im Begleitschreiben erwähnte er seine gerade diagnostizierte Krankheit und seine Hoffnung, mit entsprechender Behandlung noch Zeit gewinnen zu können. Die Krankheit war jedoch schon sehr weit fortgeschritten und so blieben ihm nur noch wenige Monate. Seine Klugheit, sein Wissen und seine Herzenswärme vermissen wir sehr und nehmen Abschied von Roland Geitmann voller Dankbarkeit dafür, dass er unsere Bestrebungen nahezu drei Jahrzehnte mit fundierten Kenntnissen verantwortungsbewusst und verlässlich mitgetragen hat. *Werner Onken*

Promotion von Dr. Edoardo Beretta über die internationale Währungsordnung

Unser Mitarbeiter M.Sc. (Econ.) Edoardo Beretta wurde im Herbst 2013 an der Università della Svizzeria-Italiana in Lugano mit einer in italienischer Sprache verfassten Dissertation über aktuelle Implikationen und Zukunftsperspektiven der internationalen Währungsordnung promoviert. Dazu gratulieren wir ihm sehr herzlich und wünschen ihm alles Gute für seine weitere wissenschaftliche Laufbahn. *Red.*

„ZEIT Wissen"-Preis „Mut zur Nachhaltigkeit" für Prof. Dr. Niko Paech

Im Rahmen eines Nachhaltigkeitskongresses am 27. Februar 2014 in Hamburg wurde unserem Mitarbeiter Prof. Dr. Niko Paech, der zur Zeit den Lehrstuhl Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg vertritt, der „ZEIT Wissen"-Preis „Mut zur Nachhaltigkeit" verliehen. Die Jury erkannte damit ausdrücklich Paechs Verdienste als Vorreiter bei der wissenschaftlichen Wegbereitung einer „Postwachstumsökonomie" an. Wir beglückwünschen Niko Paech sehr herzlich zu dieser Würdigung und wünschen ihm weiterhin viel Kraft für seine Tätigkeit. *Red.*

BERICHTE

Aufruf „Grundsteuer zeitgemäß!"

Im Zusammenhang mit der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Reform der Grundsteuer hat ein Kreis von Wissenschaftlern, Bürgermeistern von Städten und Gemeinden sowie Organisationen wie der Naturschutzbund Deutschland e.V. den Vorschlag gemacht, eine "reine Bodenwertsteuer" und eine "kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer" einzuführen. Dieser Vorschlag sollte eine faire Chance in den Debatten über eine Grundsteuerreform bekommen. Er braucht weitere Unterstützung.
Nähere Informationen:
www.grundsteuerreform.net

Crowd Mapping als zivilgesellschaftliche Antwort auf Landgrabbing? – Die Arbeit des Vereins „Raum zum Leben e.V." (www.space2live.org)

Das Phänomen des Landgrabbings, also der Aneignung von Land durch Dritte, tritt vor allem in Ländern auf, in denen Eigentum an Grund und Boden traditionell nicht üblich ist, z.B. in Afrika oder bei indigenen Völkern in Lateinamerika. Bei den Indigenen in Lateinamerika beispielsweise ist „die Mutter Erde" etwas, das niemand auf der Welt besitzen kann. Oft hat sich dort eine über Generationen praktizierte Mehrfachnutzung von verschiedenen Beteiligten entwickelt, die mit der westlichen Eigentumsordnung und starren Grenzziehungen nicht vereinbar ist. Kataster sind meist nicht existent und folglich fehlt eine staatliche Gewährleistung von Grundeigentum. Investoren nutzen dies, um – oft verbunden mit Korruption – Land in großem Stil aufzukaufen und angestammte Landnutzer zu vertreiben.

Die FAO hat 2011 „freiwillige Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern" erlassen.[1] Darin werden Regierungen aufgefordert, die notwendigen Mittel zur Vermessung und Sicherung von gewohnheitsrechtlich bewohnten und bewirtschafteten Territorien bereit zu stellen und Betroffene in partizipativer Weise einzubinden. Ähnliche Vorschläge „Land Audits"[2] oder Kartierungen zur Aufzeichnung von Landkonflikten zu nutzen, finden sich auch in der Fachliteratur.[3] Rechtlich bindend sind die Leitlinien und Vorschläge allerdings nicht.

Um die Inhaber traditioneller Gewohnheits- und Nutzungsrechte (customary land use) angesichts der fehlenden rechtsverbindlichen Möglichkeiten zu unterstützen, verfolgt der 2012 gegründete Münchner Verein „Space to live" die Idee, mit Satellitendaten und GPS bestehende gewohnheitsrechtliche Landnutzung zu kartieren und mittels eines katasterähnlichen Systems zu registrieren – und zwar mit Hilfe moderner und vor Ort einfach anwendbarer Kartier- und Vermessungsmethoden. Mit GPS-Geräten können Landmarken, die mit Nutzungsrechten in Verbindung stehen (wie z.B. Wasserstellen), im Gelände aufgenommen werden. Historische und aktuelle Satellitendaten können Landnutzungsarten und deren Änderungen belegen. „Space to live e.V." verfolgt dabei keine kommerziellen Interessen. Den technischen Rahmen des vorgestellten Ansatzes bilden öffentliche, frei verfügbare Geodaten, OpenSource und Public Domain Software sowie gängige GPS-Positionierungsgeräte und Vermessungstechniken. Die so ermöglichte partizipative Kartographie, das sog. crowd mapping, hat folgenden Nutzen:

Mit Hilfe der erfassten Daten können weltweit Rechtsverletzungen mit vergleichbar geringem finanziellem Aufwand ausreichend gut festgehalten und öffentlich gemacht werden.

Betroffene können Landrechtskonflikte öffentlich machen und Unterstützer, wie BGOs gewinnen, um auf Probleme hinzuweisen und eine partizipative Konfliktlösung zu ermöglichen. Internationale Organisationen bzw. Hilfswerke können dann auf multilateraler Ebene Einfluss auf die Akteure des Landgrabbings nehmen und Lobbyarbeit leisten.

„Space to live" hat die Durchführbarkeit des beschriebenen Lösungsansatzes in letzter Zeit in mehreren Regionen der Erde getestet und festgestellt, dass die enge Einbeziehung lokaler Partner, die ihre Konflikterfahrung einbringen, den Kartierungsprozess begleiten oder besten-

falls selbst durchführen, sehr wichtig ist. Doch es bleiben noch offene Fragen: Welche Möglichkeiten böte ein „Weltkataster"? Ist ein Kataster, das zunächst von keiner staatlichen Autorität anerkannt wird, zweckmäßig? Wie aussagekräftig sind die Daten und welche Standards müssen sie erfüllen? Sicher ist jedenfalls, dass Instanzen wie UN, Weltbank oder FAO dringend gefordert wären, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, um Landgrabbing zu verhindern.

Bernadette Felsch, Robert Siegmund, und Ulrich Steiner

1 FAO (2012): Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security; March 2012, http://www.fao.org/nr/tenure/voluntary-guidelines/en/.
2 Land Audit bezeichnet die Feststellung der tatsächlichen Verteilung des Landes und zugehöriger Besitzverhältnisse.
3 So z.B. Thiel, Fabian (2011): „Land grabbing" – und was dage gen zu tun ist, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr 168-169, April 2011.

Netzwerk Plurale Ökonomik

In einem Aufruf an die wissenschaftliche Öffentlichkeit beklagte das Netzwerk Plurale Ökonomik e.V. den „besorgniserregenden Zustand des ökonomischen Denkens": „Der jahrzehntelange Glaube an die Naturgesetzlichkeit von Marktgeschehen, der vorherrschende Modellplatonismus, mangelnde Selbstreflexion sowie fehlende Methoden- und Theorienvielfalt haben die VWL nicht nur als akademisches Fach in eine Sackgasse geführt. Die Einseitigkeit ökonomischen Denkens trägt auch zu anhaltenden Krisen (Wirtschafts- und Finanzkrisen, Klima- und Umweltkrisen, Ernährungskrisen, usw.) und der damit einhergehenden Perspektivlosigkeit bei." Rund 850 Personen, Netzwerke und Gruppen haben diesen Aufruf unterstützt.

Das Netzwerk Plurale Ökonomik e.V. setzt sich weiterhin für eine Neuorientierung der VWL im Sinne einer Theorien- und Methodenvielfalt ein. Sein Ziel ist es, einem in Theorien, Methoden und Disziplinen breit gefächerten kritischen ökonomischen Diskurs Raum zu geben.

Nähere Informationen:
www.plurale-oekonomik.de

Sardex auf Sardinien

Die österreichische Zeitung „Der Standard" berichtete am 18.11.2013 über eine regionale Komplementärwährung „Sardex" auf der italienischen Insel Sardinien. Inspiriert vom Freigeldexperiment der Gemeinde Wörgl bei Innsbruck/Tirol während der frühen 1930er Jahre haben vier sardische Unternehmer eine Selbsthilfeaktion gestartet, um die unter der Euro- und Bankenkrise leidende Wirtschaft Sardiniens zu beleben. Innerhalb von drei Jahren sind rund 1.600 Firmen dem Sardex-Netzwerk beigetreten, in dem der Zahlungsverkehr über Onlinekonten abgewickelt wird. 2013 wurden Güter im Gesamtwert von rund 15 Millionen Sardex (1 Sardex = 1 Euro) umgesetzt.

Quelle:
http://derstandard.at/1381373591951/Auf-Sardinien-rollt-statt-des-Euro-der-Sardex
Weitere Informationen gibt es in italienischer Sprache auf den Webseiten
http://www.sardex.net/ und http://www.smetteredilavorare.it/2012/08/sardex.html

FIAN-Studie über Land Grabbing und Landkonzentration in Europa

In einem breiten Bündnis mit lokalen Initiativen, Bauernorganisationen, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen hat FIAN eine Studie zur Landproblematik in Europa veröffentlicht. In Fallstudien aus 12 Ländern von Rumänien über Spanien bis Deutschland und Österreich wird aufgezeigt, wie sich der Prozess der Landkonzentration verschärft. Es werden soziale Kämpfe um Land inklusive Landbesetzungen geschildert und Fälle von Land Grabbing dokumentiert. Die Studie korrigiert damit den einseitigen Blick nach Afrika, Südostasien und Lateinamerika beim Thema Land. Europa ist heute vergleichbar mit Brasilien oder den Philippinen, wenn es um Landkonzentration, also um die Kontrolle (oft den Besitz) eines großen Teils der Agrarfläche durch immer weniger Akteure geht. So teilen sich heute nur noch rund 288.000 Betriebe die Agrarfläche Deutschlands. 1966 waren es noch 1,2 Millionen. Der Anteil der Großbetriebe über 100 Hektar in Deutschland wächst stetig. Sie

machen heute 11 Prozent der Betriebe aus und besitzen etwa 55 Prozent der gesamten Agrarfläche. Dokumentiert wird auch, wie sich nichtlandwirtschaftliche Investoren wie ein europäischer Möbelkonzern oder eine östereichische Bank riesige Landflächen in Europa sichern – vergleichbar mit Land Grabbing etwa in Mosambik. Die vollständige Studie „Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe" (236 Seiten) kann hier heruntergeladen werden: http://www.tni.org/briefing/update-land-concentration-land-grabbing-and-peoples-struggles-europe

SÜDWIND-Studie über Land Grabbing

Im Auftrag des Südwind-Instituts haben Antje Schneeweiß und Patrick Weltin eine Studie „Nicht zu verkaufen! – Agrarland in Entwicklungs- und Schwellenländern als neues Anlageprodukt" erstellt. Diese Studie kann heruntergeladen werden: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2013/2013-17_Nicht_zu_verkaufen._Agrarland_in_Entwicklungs-_und_Schwellenlaendern_als_neues_Anlage produkt.pdf
Bestellungen an: info@suedwind-institut.de

Studien über die dramatisch zunehmende soziale Ungleichheit in der Welt

Oxfam-Studie über Reichtum und Armut
http://www.oxfam.de/informieren/entwicklungsfinanzierung#nachricht-18261

World Economic Forum über Reichtum und Armut
http://reports.weforum.org/global-risks-2014/

Studie „Weltweite Vermögen wachsen rasant"
http://www.spiegel.de/wirtschaft/reichtumsbericht-geldvermoegen-legen-laut-global-wealth-report-zu-a-924175.html

„Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland"
DIW-Studie im Auftrag der Böckler-Stiftung von Markus M. Grabka und Christian Westermeier
http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.438710.de/14-9-1.pdf

BÜCHER

Hans-Ulrich Wehler
Die Neue Umverteilung - Soziale Ungleichheit in Deutschland

München: Verlag C.H. Beck, 2013. 192 Seiten.

„Den Vorständen der 30 deutschen Dax-Gesellschaften gelang es, in den fünf Jahren von 1997 bis 2002 ihr Einkommen ohne die Boni und Aktienoptionen von 1.66 Millionen DM auf 1.7 Millionen Euro zu verdoppeln. Inzwischen verdienen sie aber […] mit fünf bis sechs Millionen Euro das mehr als Hundertfache der Durchschnittslöhne ihrer betrieblichen Mitarbeiter. […] Da die sozialstaatliche Massendemokratie auch ganz wesentlich auf (oft unausgesprochenen) Gerechtigkeitsnormen als Legitimiationsgrundlage beruht, taucht die Frage auf, wie lange die kritische öffentliche Meinung eine derart krasse Verletzung der Gerechtigkeitsvorstellungen hinzunehmen bereit ist." (S. 62-64)

In diesen drei Sätzen drückt sich die Kernthese des Buches aus: Soziale Ungleichheit ist ein Kernmerkmal von Herrschaftsverbänden in allen Zeiten der Geschichte und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland schon immer fest etabliert gewesen, doch hat sie in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten so rapide zugenommen, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Grundlage der Demokratie in Frage gestellt sind. Mit diesem appellarischen Charakter könnte man das Buch des Bielefelder Sozialhistorikers Hans-Ulrich Wehler als eine „Denkschrift" bezeichnen.

Das erste Drittel des Buches befasst sich unter der Überschrift „Hierarchietheorien" mit den Klassikern der Soziologie und deren Aussagen zur Stratifizierung der Gesellschaft. Dieses lange erste Kapitel ist eine sehr gelungene Gesamtschau über die Klassen- und Schichtungstheorien, angefangen bei den Vertretern der schottischen Aufklärung bis hin zu Pierre Bourdieu mit seinem Kernbegriff des „Habitus". Die Aussagen der verschiedenen Theoretiker werden kenntnisreich zueinander in Bezug gesetzt, wobei Max Weber den Referenzpunkt darstellt.

Wehler nimmt einerseits immer wieder Bezug auf das umfassende Herrschaftsmodell Webers mit seinen „unterschiedlichen Legitimationsprinzipien, unterschiedlichen Machtressourcen, unterschiedlichen Verwaltungsstäben und unterschiedlichen Arten der Appropriation von Herrschaftsmitteln und -rechten" (S. 31), wenn er die Schließungs- und Abgrenzungspraktiken der Oberschicht thematisiert. Andererseits nimmt er die Weberschen „Sozialen Klassen" basierend auf „Machtressourcen, ökonomischer Lage und sozialer Ehre" zum Ausgangspunkt seiner Analyse, wenn auch ergänzt um die drei Kategorien Geschlecht, Alter und ethnische Zugehörigkeit (S. 36).

Nach dieser sehr lehrreichen Einführung in die Grundlagen der Theorie Sozialer Ungleichheit, für deren vollen Genuss allerdings Grundkenntnisse der soziologischen Klassiker hilfreich sind, stellen die Kapitel 2 bis 5 den Kern des Buches dar, auf den sich der Haupttitel „Die Neue Umverteilung" bezieht. Dieser Mittelteil beginnt mit der „internationalen Debatte über die neue Einkommensungleichheit", der das Eingangszitat entstammt, und behandelt anschließend die Kapitel „Die deutsche Einkommensungleichheit", „Die deutsche Vermögensungleichheit" und „Die Ungleichheit in der deutschen Wirtschaftselite". Diese Kapitel mit ihren fundierten statistischen Daten sind wahre „Wachrüttler", die deutlich machen, wie gründlich das über Jahrzehnte halbwegs stabile, als halbwegs gerecht empfundene (so Wehler), System der Sozialen Ungleichheit in der letzten Zeit aus dem Lot geraten ist, und zu welchen Exzessen es bei den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der oberen 10% der Bevölkerung gekommen ist.

Für mich stellen diese vier Kapitel den interessanten Kern des Buches dar. Die weiteren zehn Kapitel behandeln die Soziale Ungleichheit entlang der Dimensionen Heiratsmarkt, alte Menschen, Bildungschancen, Geschlecht, Gesundheit und Krankheit, Wohnbedingungen, ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit, Konfession, Alltagswelt und West und Ost. Sie enthalten zentrale Ergebnisse aller, die Rang und Namen in der bundesrepublikanischen Sozialstrukturanalyse haben, wirken jedoch letztlich etwas lehrbuchhaft und an manchen Stellen holzschnittartig vereinfachend, etwa wenn „Ethnisch-kulturelle Ungleichheit" sich auf sieben von acht Seiten mit türkischstämmigen Menschen und der Situation in der Türkei befasst. Und von Brandenburg aus betrachtet mutet es seltsam an, dass sich die Analyse Ostdeutschlands über lediglich sieben Seiten am Ende erstreckt, statt die Soziale Ungleichheit in diesem Teil Deutschlands, seit 1945, ähnlich ausführlich zu behandeln, wie es für Westdeutschland geschieht. Insofern kann man sich dem Eindruck eines Anflugs von „Westalgie" in diesem Buch nicht erwehren, die außer Acht lässt, welche enorme Ungleichheit auf globaler Ebene Voraussetzung für das westdeutsche Wohlstandssystem der Nachkriegszeit war.

Für eine weitere Debatte ist für mich dagegen die folgende Aussage des Buches am bedenkenswertesten: Die Analyse, wie Oberschichten ihre Macht festigen – nicht nur mit ökonomischen Mitteln. Denn der Ruf Hans-Ulrich Wehlers nach einem starken Interventions- und Sozialstaat steht zumindest teilweise im Gegensatz zu neueren Ansätzen, die die Fähigkeit von Gemeinschaften zur Selbstorganisation ihrer eigenen Angelegenheiten betonen, siehe Elinor Ostroms Arbeit. Und der Blick auf die Bereicherung der Eliten steht im Gegensatz zu Hartmut Rosas Empfehlung des „Spielabbruchs": „Deshalb wäre es höchste Zeit [...] den Motivationsstecker zu ziehen: Die Sieger sind gar keine Sieger. Es sind armselige, raffgierige, orientierungslose Süchtige, die ein unabschließbares Steigerungsspiel betreiben." * Die „Schließung", von der Wehler schreibt, wäre dann ein „Sich-selbst-Einschließen". Das ist die brennende Frage, ob so eine Umkehrung möglich ist. Interessant sind dazu in Wehlers Buch die noch tiefer zu analysierenden Beobachtungen, dass es durch die Kriegszerstörung in den späten 1940er Jahren zu einer größeren sozialen Durchmischung der Wohnpopulation gekommen ist und dass die 400 Jahre bestehende Konfessionsspaltung in Protestanten und Katholiken, die noch zu Beginn der Nachkriegszeit bestand, wie durch ein Wunder auf einmal unbedeutend geworden ist (zumindest in Hinblick auf die Soziale Ungleichheit). *Krister Volkmann*

* Hartmut Rosa: Spielabbruch, in: Edition Le Monde diplomatique (Hrsg.): Die Krisenmacher. Bürger, Banken und Banditen. Nr. 12, 2012.

Silvio Gesell „Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat“ - Werkauswahl zum 150. Geburtstag

Kiel: Verlag für Sozialökonomie, 2. Auflage 2012. 229 Seiten.

Silvio Gesell – ein Pionier der Wirtschaftsethik - Ein Rückblick nach gut 100 Jahren [1]

1 Der Kontext der vorliegenden Publikation

Werner Onken, der sich schon seit vielen Jahren vor allem um die Verbreitung, aber auch um die Weiterentwicklung der von Silvio Gesell (1862-1930) begründeten „Freiwirtschaftslehre“ verdient gemacht hat – als Herausgeber einer 18-bändigen Werkausgabe (Gesell 1988-1997), als Autor einschlägiger Publikationen und nicht zuletzt als Redakteur der „Zeitschrift für Sozialökonomie“- , hat den 150. Geburtstag des „Gründervaters“ am 17. März 2012 zum Anlass einer recht umfassenden „Werkauswahl“ genommen, die sehr unterschiedliche Themen aus der Vielzahl der Veröffentlichungen von Gesell in den Blick nimmt. Für den Teil einer interessierten Leserschaft, der einen allerersten Einstieg in die facettenreiche Thematik sucht, ist es vielleicht hilfreich, zuvor die knappe und prägnante Formulierung freiwirtschaftlicher Grundpositionen zur Kenntnis zu nehmen, die der Herausgeber der Werkausgabe ebenfalls zum 150. Geburtstag Silvio Gesells in einem ZEIT-Interview gegeben hat (vgl. Onken 2012).

Während die 18-bändige Gesamtausgabe von Gesell einem chronologischen Gliederungsprinzip folgt, sind die in der vorliegenden Werkauswahl wiedergegebenen Textstellen thematisch geordnet. Da Gesells Publikationen sich über einen Zeitraum von vierzig Jahren erstrecken, zeigen sich immer wieder kontext- und zeitabhängige Variationen in der Darstellung und Beurteilung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Zusammenhänge, die aber stets zu ein und demselben Dreh- und Angelpunkt führen, nämlich zu der Erwartung, dass die Überwindung der Bodenrente durch „Freiland“, also die Abschaffung des exklusiven Eigentums an Boden, und des Geldzinses durch „Freigeld“, also eine Strafsteuer auf Geldhortung, den entscheidenden Beitrag hin zu einer „monopolfreien“ Marktwirtschaft ohne Absatzstockungen und ohne eine unbillige Konzentration von Einkommen und Vermögen führen würde. Und daraus wiederum ergäbe sich auch eine Lösung für viele andere, scheinbar entfernt liegende Probleme.

Die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft gelingt nach Gesell also nicht durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und auch nicht durch die Abschaffung der Marktwirtschaft – hier zeigt sich eine klare Differenz zum zeitgenössischen Marxismus –, vielmehr soll die Leistungsfähigkeit einer wirklichen „monopolfreien“ Marktwirtschaft durch Freiland und Freigeld erst einmal hergestellt werden, ohne dass die Logik des Geldzinses und der Bodenrente immer wieder zu Absatzstockungen und Krisen, längerfristig auch zu einer unerträglichen Konzentration von Vermögen, Geld und Handelsrechten in den Händen weniger führt. In diesem Sinne ist auch das komprimierte Zitat Gesells – „Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat“ – zu verstehen, das der Herausgeber seiner Werkauswahl zum Titel gegeben hat.

2 Gesell und die akademische Nationalökonomie

Da Gesell aus finanziellen Gründen keine Universität besuchen konnte, was sich auch ein wenig in dem sprachlichen Duktus mancher Ausführungen widerspiegelt, haftet ihm der Ruf des wissenschaftlich nicht geschulten Autodidakten an. Das erleichtert bis heute die oftmals sehr oberflächliche Zurückweisung und Ausgrenzung seiner Vorstellungen durch die und in der akademischen Welt. Aber es genügt nicht, Silvio Gesell zu einem kuriosen Außenseiter zu erklären, denn dessen Überlegungen sind zumindest Anfragen an die Standardökonomik, und sie verweisen zumindest auf ungelöste Hausaufgaben dieser akademischen Profession, und zwar gerade in dem theoretisch und praktisch zentralen Themenfeld Geld, dessen Interaktion mit den realen Tauschprozessen die Wirtschaftswissenschaft ja selbst weitgehend ausgeblendet hat. Bildlich gesprochen: Der Zeigefinger, der auf den „Außenseiter“ Gesell weist, gehört zu einer Hand, deren übrige Finger auf ihren Träger selbst

zurückweisen. Wie die jüngste weltweite Finanz- und Immobilienkrise in den letzten Jahren demonstriert hat, ist das von Gesell betretene Terrain noch keineswegs „erledigt". Anhänger der Freiwirtschaftslehre verweisen hier gerne auf die günstige Beurteilung, die John Maynard Keynes [2] (1936) in seinem bekannten Hauptwerk diesem Außenseiter der Nationalökonomie hat zukommen lassen. Für noch interessanter halte ich aber den Umstand, dass Léon Walras (1874), der Begründer der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, die bis heute einem Großteil neoklassischer ökonomischer Analyse zugrundeliegt, selber „Bodensozialist" war und das Bodeneigentum auf zeitlich begrenzte Nutzungsrechte beschränken wollte. Darüber hinaus wies er dem Geld in seiner formalen Analyse nur den Status eines numéraire, also einer bloßen Recheneinheit ohne jede Wirkung auf die Realwirtschaft zu; nicht einmal die bedeutende Erleichterung wirtschaftlicher Transaktionen durch Geld wird ins Auge gefasst, obwohl sie für die Anzahl der Tauschakte offenkundig von großer Bedeutung sein müsste. Auch andere Geldfunktionen jenseits eines (im Grunde beliebigen) Wertmaßstabes spielen im Gleichgewichtsmodell keine Rolle. Tatsächlich ist in den 140 Jahren seit Walras eine befriedigende, weil realitätsangemessene Integration von Geld in die ökonomische Theorie nicht gelungen.

Auch spätere Theoretiker sind immer wieder auf das ungelöste Problem von Geld in einer realen Wirtschaft gestoßen, die eben kein System des bloßen Naturaltausches darstellt, wie das die Modellierung des allgemeinen Gleichgewichts nahelegt. So hat sich der jüngst verstorbene bedeutende mathematische Ökonom Frank Hahn (1925-2013) mit dem Problem der Wechselwirkung von Geld und realem Austausch im Modell des allgemeinen Gleichgewichts beschäftigt, ohne zu einem auch nur halbwegs konklusiven Ergebnis bei dem Versuch der Modellierung zu gelangen. Daher steht diese Frage, die auch informell als „Hahn's Problem" bezeichnet wird (obwohl sie sich im Grunde für alle Wirtschaftswissenschaftler, besonders aber die Vertreter der Standardökonomik, stellen müsste), weiterhin auf der Agenda der ökonomischen Wissenschaft, gerade in ihrem neoklassischen Kernbereich, mögen ihre Vertreter nun Silvio Gesell schätzen oder nicht.

Einen interessanten Beitrag zur Integration von Geld in die Tauschwirtschaft hat der Schweizer Nationalökonom Hans Christoph Binswanger (2006) in seiner Studie „Die Wachstumsspirale" unternommen.[3] Er zeigt darin, wie gerade die Tatsache, dass zusätzliches Geld in der Wirtschaft zu zusätzlicher Nachfrage nach realen Gütern führt, nicht notwendig reine Geldillusion darstellt, die als bloße Erhöhung des Preisniveaus verpufft; denn die einzelnen Anbieter können ja nicht unterscheiden, ob die zusätzliche Nachfrage nach ihren Gütern nun eine Folge geänderten Geschmacks zugunsten ihrer jeweiligen Ware(n) darstellt oder nur einen Ausdruck von bloßer Geld- und damit verbundener allgemeinen Nachfrageausweitung darstellt. Diese Ununterscheidbarkeit von allgemeiner und partieller Erhöhung der Nachfrage bedeutet zwar eine Art von Geldillusion, aber gerade diese „Geldilllusion" bewirkt, „dass eine Erhöhung der Geldmenge nicht nur in Preiserhöhungen verpufft, also nur Illusion ist, sondern tendenziell zu einer bleibenden Erhöhung des Angebots aller Anbieter führt, so dass nicht nur die Preise, sondern in der Folge auch die Mengen steigen" (Binswanger: 2006, 70). Gerade wegen dieses Mechanismus ist die Geldillusion nicht bloße Illusion, sondern wirksamer Bestandteil realer Marktwirtschaften. Diese Überlegungen zur Wirkung einer Geldmengensteigerung zeigen deutliche Parallelen zu Gesells Erwartungen über die Wirkung von Ausgabensteigerungen durch Besteuerung der Geldhortung, also durch „Schwundgeld", und sie können auch plausibel machen, warum regionale Experimente mit Freigeld, wie etwa in der Tiroler Stadt Wörgl (1932/33), keineswegs so unergiebig waren, wie die mainstream economics hätte vermuten lassen. Dass aber dieser interessante Denkanstoß Binswangers von der jüngeren Generation von Wirtschaftswissenschaftler(inne)n aufgenommen und in die formale ökonomische Analyse integriert wird, bleibt einstweilen nur zu hoffen.

3 Gesell als Ethiker und Sozialreformer

Bei den meisten Äußerungen Gesells verbindet sich die Betrachtung ökonomischer Funktionszu-

sammenhänge mit einer oft auch expliziten ethischen Bewertung des jeweils untersuchten Sachverhalts. Das geschieht auf drei Ebenen:
1.: Wie viele Textstellen der vorliegenden, für das Werk Gesells nicht untypischen Auswahl belegen, spielen ethische Erwägungen nicht nur bei der Auswahl der untersuchten Probleme eine wichtige Rolle – das ist im Grunde sogar unvermeidlich und müsste nur anhand der Kriterien für die Problemselektion plausibilisiert werden –, sondern auch in der Art und Weise, wie diese Probleme präsentiert werden. Die verwendeten Begriffe laufen oftmals auf eine ethische „Vorsortierung" oder ein „moralisches Framing" des jeweiligen Problems hinaus.
2.: Auch die Analyse funktionaler Zusammenhänge geschieht oft durch bilderreiche Analogieschlüsse oder durch wertende Wortwahl, auch dort, wo eine genauere Problemanalyse möglich und hilfreicher wäre als eine eingängige, aber oftmals verführerische Bildsprache, deren Gesell sich gerne bedient. Parabeln sind aber meist nur begrenzte Substitute für eine logisch klare Problemdurchdringung.
3.: Schließlich münden fast alle Textpassagen Gesells in der Forderung nach Freiland und Freigeld – sowohl als Mittel zur Behebung des jeweils angesprochenen Missstandes wie auch als Bezeichnung des (moralisch vorzugswürdigen und daher anzustrebenden) gesellschaftlichen Endzieles. Als ein Beispiel für viele sei etwa auf Gesells Analyse des von ihm befürworteten Freihandels verwiesen, die auf S. 150 der Textauswahl eingeläutet wird durch die apodiktische Feststellung: „Mit der Bodenreform bürgert sich der Freihandel von selbst ein."

Mit dieser Kritik an der impliziten und oft auch expliziten Moralität, die bei Gesell nahezu allgegenwärtig scheint, soll nichts gegen sein sozialreformerisches und daher zwangsläufig ethisch motiviertes Engagement gesagt sein. Nach meinem Eindruck können aber Wirtschafts- und Unternehmensethik einerseits, die Freiwirtschaftslehre andererseits einiges voneinander lernen: Da viele von Gesell in der vorliegenden Textauswahl angesprochene Probleme oft in nur wenig veränderter Form auch heute noch weiter bestehen, liefert der Band ein weites Spektrum von Fragestellungen, deren Bearbeitung in ethischer Perspektive auch in der Gegenwart sehr sinnvoll erscheint (der Band führt insgesamt 14 Problembereiche auf, von „Glaube und Kirche" bis hin zu „Krieg und Frieden"). Andererseits könnte eine aktualisierte Freiwirtschaftslehre viel an Überzeugungskraft gewinnen, wenn sie stärker als bisher die Erkenntnise der Ökonomik und die heute praktizierte Form des wirtschaftsethischen Diskurses (vor allem eine möglichst genaue Trennung von Beschreibung und Bewertung) zur Kenntnis nehmen würde.

Gesells Fokussierung auf Freiland und Freigeld (als Mittel und Ziel der Sozialreform) hat für ihn den Vorteil, dass er viele gesellschaftliche Missstände, die seine Zeitgenossen als Wirken fragwürdiger Individuen und gesellschaftlicher Gruppen auffassen mussten, als Resultat gesellschaftlicher Institutionen begreifen konnte. So schrieb er gegen Henry Fords (1922) antisemitische Publikation „Der internationale Jude" die warnende Mahnschrift „Ford und die Juden" (1923): „Nicht die Juden sind zu bekämpfen, sondern die Machtmittel, die in jüdischen und christlichen Händen seit Jahrtausenden namenloses Unglück anrichten" (Gesammelte Werke, Bd. 14, S. 400).

Diese Machtmittel, man ahnt es schon, sind das Boden- und Geldmonopol. Gesell vermeidet zwar so – für die damalige Zeit sehr verdienstvoll – die Brandmarkung einer Gruppe, hier der Juden, durch Projektion von Vorurteilen auf sie. Ob aber der Antisemitismus lediglich Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaftsordnung war und mit dieser quasi von selbst verschwinden würde, diese Hoffnung Gesells war ebenso spekulativ wie die bereits einige Jahrzehnte zuvor in der deutschen Arbeiterbewegung vertretene Überzeugung, Antisemitismus sei nur der „Sozialismus der dummen Kerls", die es lediglich davon zu überzeugen gelte, dass der Gegner nicht der mit Geld und Produktionsmitteln ausgestattete Jude, sondern eben der Kapitalist, unabhängig von seiner religiösen Zugehörigkeit, sei, der aber mit dem Niedergang des Kapitalismus ebenfalls von der Bühne abtreten werde.

Zweifellos hat Silvio Gesell mit seiner Hervorhebung der Geld- und Bodenordnung als zentrale und zugleich kritische Institutionen der Markt-

wirtschaft wichtige Erkenntnisse für die von ihm angestrebte Sozialreform gewonnen und öffentlich gemacht; diese Einsichten sind nicht einfach durch die Entwicklung der letzten hundert Jahre obsolet geworden. Es ist zu wünschen, dass es in der Zukunft vermehrt zu einem Dialog zwischen der Freiwirtschaftslehre, der Nationalökonomie sowie der Wirtschafts- und Sozialethik kommt, der für alle Beteiligten fruchtbar sein kann. Die vorliegende Werkauswahl zu Silvio Gesells 150. Geburtstag kann hierzu viele Anstöße geben. *Hans Georg Nutzinger*

Literaturverzeichnis

- Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale – Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg: Metropolis.
- Ford, Henry (1922): Der Internationale Jude – Ein Weltproblem, Leipzig: Hammer-Verlag.
- Gesell, Silvio (1988-1997): Gesammelte Werke, 18 Bände, Kiel: Verlag für Sozialökonomie.
- Keynes, John M. (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, London: Macmillan.
- Onken, Werner (2012): „Geld muss rosten". In: ZEIT online, 17. März 2012, S. 1-3 (ZEIT vom 15. März 2012, Ausgabe 12).
- Walras, Léon (1874): Éléments d'économie pure ou théorie de la richesse sociale. Lausanne: Corbaz et al.

Anmerkungen

1 Diese Rezension erschien zuerst in der „Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik" 15. Jg. Nr. 1/2014, S. 154-158. Wir danken dem Autor und dem Verlag Rainer Hampp in Mering bei Aichach für die freundliche Nachdruckgenehmigung.
2 Vgl. Keynes (1936, Kap. 23, Abschn. VI).
3 und zwar in Teil, Kap. 1, Exkurs, 3. Abschnitt (Binswanger: 2006, 57-70).

Dirk Löhr
Prinzip Rentenökonomie – Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Geleitwort von Prof. Dr. Gerhard Scherhorn

Marburg: Metropolis Verlag, 2013. 196 Seiten.

Dieses Buch hat es in sich. Seine Lektüre sollte sich nur zumuten, wer bereit ist, gewichtige Vorurteile, die er vermutlich, wie die meisten von uns, gewohnheitsmäßig mit sich herum trägt, erschüttern zu lassen. Aber er wird belohnt durch eine neue Sicht der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit.

In Kapitel I stellt Löhr als Wegweiser durch das ganze Buch eine von ihm als Landkarte bezeichnete Tabelle vor, die dem Buch auch als Lesezeichen und ständiger Begleiter beigefügt ist. Sie enthält im Kern eine Darstellung privater, gemeinschaftlicher und öffentlicher Güter, die – in weiter Auslegung – den Rubriken Boden (Land) und Kapital zugeordnet sind. Dabei unterteilt Löhr die öffentlichen Güter in die beiden Problemfelder, die den Ökonomen schon bisher Kopfzerbrechen bereitet haben: die „unreinen öffentlichen Güter", zu denen jedermann unbeschränkten Zugang hat – mit der Folge der Übernutzung (z.B. Fischschwärme), und die „reinen öffentlichen Güter", zu denen jeder zum Vorteil der Allgemeinheit beitragen kann – mit der Folge zu geringer Produktion (z. B. Wissen, Sicherheit, öffentliche Gesundheit). Beide Problembereiche sind gekennzeichnet durch ein Auseinanderfallen von Kosten und Nutzen: bei den unreinen öffentlichen Gütern fällt der Nutzen privat an, während die Nachteile die Gemeinschaft belasten; bei den reinen öffentlichen Gütern liegt der Vorteil bei der Gemeinschaft, der Aufwand dagegen bei den Einzelnen.

In der Entkoppelung bzw. Asymmetrie von Nutzen und Kosten sieht Löhr ein wichtiges und vielleicht sogar das zentrale Problem unserer Wirtschaft und Gesellschaft, und in der Herstellung ihrer Symmetrie bzw. Gegenseitigkeit daher die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der Zukunft. „Wer einen Nutzen hat, soll auch die damit verbundenen Kosten tragen!" Dieser Satz ist für die Wirtschaft so fundamental wie die Forderung nach der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung, die als Kriterium des gerechten Tausches die Philosophie seit Aristoteles beschäftigt hat. Der Satz von Proudhon: „Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit!" könnte als Motto über dem ganzen Buch stehen, das daher auch und sogar vor allem als eine Streitschrift für mehr Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft angesehen werden kann.

Als gewichtigsten und jedenfalls zurzeit wirkungsmächtigsten Ansatz zur Lösung dieser Ausgangsproblematik skizziert Löhr sodann die Property-Rights-Theorie (PRT). Ihre Vertreter – heute der Mainstream der Volkswirtschaftslehre – wollen das Auseinanderfallen von Kosten und Nutzen bei den öffentlichen Gütern durch deren Voll-Privatisierung beseitigen und dadurch nicht nur dem die Kosten anhängen, der den Nutzen

hat, sondern zugleich die höchste Nutzungseffizienz erreichen.

Nach dieser Exposition widmet sich Löhr in Kapitel II vor allem der Darstellung der Rentenökonomie sowie der Kritik der PRT. Schon unsere heutige ökonomische Wirklichkeit erweist sich dabei in weiten Teilen als eine Rentenökonomie: denn wichtige Gemeinschaftsgüter wie Boden und Bodenschätze, Geld (Liquidität) und Wissen (Patente) stehen bereits in unbeschränktem oder zu wenig beschränktem Privateigentum und stellen, soweit durch Wettbewerb nicht anfechtbar, Privilegien dar, die ihren Inhabern eine von anderen aufzubringende Rente abwerfen. Löhr nennt sie „kritische Assets". Diese Rentenökonomie überlagert und verfälscht zunehmend die Tauschökonomie und bringt dort das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung aus dem Gleichgewicht.

Die Vertreter der PRT verkennen diesen fundamentalen Sachverhalt nicht nur, sondern streben seine Ausweitung an, indem sie weitere, unreine wie reine öffentliche Güter dem gleichen Regime der Voll-Privatisierung unterwerfen wollen. Sie übersehen, dass eine undifferenzierte Privatisierung diese Güter durchweg in eine Verfassung bringt, in der sie dem Wettbewerb mehr oder weniger entzogen sind, so dass ihre Inhaber den Nutzen privatisieren, die Kosten dagegen auf die Allgemeinheit überwälzen können. Dabei sind es in der Regel relativ kleine, gut organisierte und mit der Politik eng verflochtene Gruppen, denen es gelingt, den Besitz der Privilegien und damit die Renten an sich zu ziehen, während schlecht organisierte Gruppen bzw. die Allgemeinheit die Kosten und Lasten zu tragen haben. Das Ziel der PRT: durch Deckung von Nutzen und Kosten eine größtmögliche Effizienz zu erreichen, wird also in weiten Teilen gerade durch diese Art der Privatisierung verfehlt.

Die Aktualität des Buches zeigt sich hier bereits deutlich. Denn ein großer Teil der wirtschaftspolitischen Konzepte, die heute in nationaler Wirtschaftspolitik umgesetzt oder von den maßgebenden nationalen und internationalen Institutionen empfohlen oder zur Bedingung von Hilfen gemacht werden, beruht auf dieser Forderung nach uneingeschränkter, für alle Güter gleicher Voll-Privatisierung. Damit wird, wie Löhr nachweist, ein Ordnungsprinzip – das Privateigentum –, das auf dem Feld der durch Arbeit hervorgebrachten und dem Wettbewerb ausgesetzten Verbrauchs- und Kapitalgüter seine volle Berechtigung hat, durch seine Universalisierung verfälscht. Man könnte Löhrs Buch daher auch als eine Allgemeine Theorie des Eigentums lesen, die die Interpretation durch die PRT auf ihren berechtigten Kern zurückführt und zugleich als „Sonderfall" einer allgemeineren, vielgestaltigeren Sichtweise und Theorie des Eigentums ausweist.

Kapitel III veranschaulicht die bis dahin mehr theoretisch analysierten Fehlentwicklungen der Privatisierungspolitik oder – wie man auch sagen könnte – der Errichtung neuer Felder der Rentenökonomie anhand einer Vielzahl von Beispielen. An ihnen wird ersichtlich, welch ungeheure praktische Bedeutung Löhrs Überlegungen haben. Boden im weitesten Sinne, Bodenschätze, Wasser, geistige Eigentumsrechte, Energiequellen, Schienen und Netze, Geld – sie alle stehen beispielhaft für eine Praxis der Voll-Privatisierung öffentlicher Güter, die in die Rentenökonomie führt.

Nun schließen sich zwei Kapitel an, in denen Löhr mit weiteren Analysen und überraschenden Konsequenzen aus seinem Ansatz aufwartet: In Kapitel IV kommt er, mit empirischen Untersuchungen untermauert, zu der Hypothese („Spiegelbild-Hypothese"), dass dem Eigenkapital der Unternehmen auf der Aktivseite ihrer Bilanz die von ihm als kritische Assets bezeichneten Güter entsprechen, und dass deren Renten den Kern der Unternehmensgewinne ausmachen. Löhr hält diese These selbst für eine vorläufige, die trotz der zahlreichen Belege, die er anführt, noch weiterer Verifizierung bedarf. So wäre wohl zu bedenken, dass Gewinn und Bodenrente zwar Residualgrößen sind, dass aber, auch wenn die Bodenrente durch Abschöpfung neutralisiert wird, immer noch die Gewinne und Gewinndifferenzen aus unterschiedlicher Leistungsfähigkeit der Unternehmen bestehen bleiben – vom besten Unternehmen mit dem höchsten Gewinn bis zum Grenzanbieter, dessen Kosten von den Preisen gerade noch gedeckt werden.

In Kapitel V befasst sich Löhr mit dem Verhältnis von Bodenrente und Staat. Schon Henry George wollte mit einer einzigen Steuer, der „Single Tax", die Bodenrenten abschöpfen und mit ihr allein – unter Wegfall aller übrigen Steuern – den Staat finanzieren. An ihn anknüpfend sieht auch Löhr in den Renten aus den kritischen Assets in wesentlichen Teilen Resultate staatlicher Leistungen, insbesondere öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen. Die Bürger, die heute durch ihre Steuern den Staat sowie die Infrastruktur bezahlen, finanzieren damit also zugleich einen wesentlichen Teil der Bodenrenten und Bodenrentensteigerungen, die sie in den Mieten und sonstigen Entgelten für Bodennutzung noch einmal bezahlen müssen.

Die hier wieder auftauchende Asymmetrie von Kosten, die von der Allgemeinheit aufgebracht werden, und Nutzen, der den Bodeneigentümern zufließt, könnte – so Löhr – durch eine Finanzierung des Staats und der Infrastruktur aus den durch sie hervorgerufenen Bodenrenten bzw. -steigerungen sachgerecht behoben werden. Jedenfalls sollten die Fixkosten der staatlichen Infrastruktur auf diesem Wege finanziert werden, während die Kosten des laufenden Betriebs von den tatsächlichen Nutzern der öffentlichen Einrichtungen als Entgelte zu zahlen wären.

Das Resultat wäre eine zumindest weitgehende Ablösung des Steuerstaates durch einen im Kern aus den Bodenrenten, im Übrigen aus Nutzungsentgelten und nur zuletzt noch aus Steuern finanzierten Staat. Die Folgen für die Transparenz und demokratische Kontrollierbarkeit des Staats werden von Löhr angedeutet – sie wären sicher ein eigenes Buch wert.

Allerdings wirft Boden auch ohne Infrastruktur aufgrund der natürlichen Unterschiede der Lage und Nutzbarkeit der Grundstücke sowie der Bodenschätze Bodenrenten ab. Da diese weder von Einzelnen noch von staatlichen oder sonstigen Gemeinschaften hervorgebracht werden, stehen sie der Menschheit als ganzer zu. Löhr plädiert dafür, sie als ressourcenbasiertes Grundeinkommen gleichmäßig pro Kopf der Welt-Bevölkerung zu verteilen und auf diesem Wege die Gerechtigkeitsforderung nach gleicher Teilhabe aller Menschen an der Erde einzulösen. Die Bodenrente würde demnach vollständig abgeschöpft und sodann zunächst zur Finanzierung des Staates und mit dem Rest zur Realisierung der gleichen Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Ressourcen der Erde verwendet.

Dieser Lösungsvorschlag wäre allerdings abzuwägen gegen die Möglichkeit, die staatlichen Leistungen in erster Linie über Nutzungsentgelte zu finanzieren. Die dann vergleichsweise hohen Eintrittsgelder und Nutzungsgebühren würden auf die Bodenrenten drücken und deren infrastrukturbedingte Steigerung im wesentlichen verhindern. Als Bodenrenten blieben in diesem Fall nur noch natürliche oder gesellschaftlich bedingte Renten übrig, die auf die Menschheit als Ganze verteilt werden könnten. Die Bürger sparten bei dieser Lösung in den Bodenrenten und -preisen, den Mieten und sonstigen Entgelten für Bodennutzung, was sie an Entgelten für die tatsächliche Nutzung der Infrastruktur mehr aufwenden müssen. Auch eine solche Lösung würde Nutzen und Kosten denselben Akteuren zuordnen. Mischformen kann man sich vorstellen.

Mit einem Kapitel über Ordnungspolitik schließt Löhr sein Buch ab. Er zeichnet darin das Bild eines Staates, der zu der von ihm entwickelten entfeudalisierten Ökonomie passt – es ist weitgehend der von Humboldt und den Ordoliberalen vertretene Staat, der seine Wirksamkeit als Ordnungsgeber erhöht („starker Staat"), indem er sich auf die Setzung eben dieser Ordnung beschränkt. Wird der Staat im wesentlichen nicht mehr über Steuern, sondern über die Bodenrenten finanziert, so wird er unabhängiger von Interessentengruppen der Gesellschaft und dürfte seine Aufgabe als Wahrer des Gemeinwohls deutlich besser erfüllen können als heute.

Dieses Kapitel gibt Löhr zugleich Gelegenheit zu grundsätzlichen Ausführungen über das Problem der privaten Macht in einer freien Gesellschaft, das die Ausgangsfrage der Ordoliberalen in den 1930er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war. Denn private, d.h. außerstaatliche Macht etabliert stets ein soziales Gefälle und damit einen Zustand, in dem die Nutzen eher auf der einen und die Kosten eher auf der anderen Seite angehäuft werden. Damit lässt sich das Anliegen, das Löhr unter den verschiedensten

Blickwinkeln sein ganzes Buch hindurch verfolgt, auch als eine Forderung nach Beseitigung oder Begrenzung von privater Macht – und damit zugleich als eine Antwort auf die Ausgangsfrage des Ordoliberalismus – verstehen.

Dem Buch ist eine weite Verbreitung und – unter Ökonomen wie interessierten Laien – eine intensive Diskussion zu wünschen. Dabei ist zu beachten: hier schreibt ein Ökonom, der zwar in vielen, wichtigen Bereichen die (derzeitigen) Grenzen seines Faches weit überschreitet, für wesentliche Aussagen aber dessen Terminologie beibehält. Das erleichtert die Lektüre für andere Ökonomen und die Auseinandersetzung mit ihnen, erschwert aber beides für interessierte Laien, an die sich der Autor mit dem Buch bewusst auch wendet.

So liegt sicher eine Stärke des Buches darin, dass es einen großen Teil unserer ökonomischen, ökologischen und sozialen Missstände auf die einfache Formel bringt: die Nutzen werden internalisiert, die Kosten externalisiert. Aber darin liegt zugleich die Gefahr von Missverständnissen, wenn z.B. auch gesundheitliche Schäden oder der Verlust einer Tierart als Kosten bezeichnet werden. Nicht einmal die finanziellen Aufwendungen für die – oft gar nicht mehr mögliche – Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands, die allenfalls als Kosten zu bezeichnen wären, erfassen ausreichend den eigentlichen Schaden. So können die Kosten der Krankenbehandlung den Schaden der Gesundheitsbeeinträchtigung nicht angemessen wiedergeben – und eine ausgerottete Tierart ist durch überhaupt keinen finanziellen Aufwand mehr zu ersetzen. Die Bezeichnung als Kosten suggeriert, als könne jede Beeinträchtigung der Umwelt, der Gesundheit, der Sicherheit usw. durch einen finanziellen Aufwand ausgeglichen werden. Auch wenn der Leser gleich zu Anfang des Buches (S. 19) darauf hingewiesen wird, was im weiteren Verlauf unter Kosten zu verstehen ist, und diesen Hinweis während der Lektüre des Buches im Gedächtnis behält, so stolperte er doch immer wieder über diese Wortwahl.

Ähnliche Schwierigkeiten wie bei den „Kosten" sind bei den sog. reinen öffentlichen Gütern zu befürchten, unter denen Ökonomen Wissen, öffentliche Gesundheit, Sicherheit usw. verstehen. Auch diese Wortwahl dürfte bei interessierten Laien zu Irritationen führen. So ist z. B. Sicherheit nach allgemeinem Sprachgebrauch eher ein Zustand der Gemeinschaft als ein Gut. Sie ist eine Qualität, deren „Vermehrung" in der Regel weniger durch die zusätzliche Einstellung von ein paar 1000 Polizisten als durch ein gerechtes Gesetz, zum Beispiel durch eine Geldreform, befördert werden kann. Sie ist sogar – wie der Friede – in erster Linie Resultat der Gerechtigkeit in der Gesellschaft und nur in zweiter Linie, namentlich wo diese fehlt, mit quantitativem, also finanziellem Aufwand für Personal und Sicherungsmaßnahmen zu erreichen.

Das alles hindert in der Sache nicht: dieses Buch ist ein großer Wurf. Man könnte es als eine Aktualisierung, Modernisierung und Erweiterung von Henry Georges Hauptwerk „Fortschritt und Armut" bezeichnen, auf dem es zu großen Teilen fußt und dessen Ideen es weiterentwickelt. Neben der Verbreitung im deutschen Sprachraum wäre eine Übersetzung ins Englische wünschenswert. Die dürfte im angelsächsischen Sprachraum nicht nur die Diskussion um die Gemeinschaftsgüter (Commons) bereichern, sondern durch die Kritik der PRT auch eine intensivere Diskussion dieser Lehre anregen. Vielleicht nehmen sich ja die heute in den USA und England noch aktiven Anhänger von Henry George der Sache an.

Fritz Andres

Rudolf Hickel
Zerschlagt die Banken – Zivilisiert die Finanzmärkte – Eine Streitschrift

Berlin: Econ-Verlag, 3. Auf. 2011. 222 Seiten.

Der Ökonom Rudolf Hickel – Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und emeritierter Professor für Politische Ökonomie und Finanzwissenschaften – legt mit seinem Buch eine gut verständliche Darstellung der aktuellen Krisenentwicklungen an den Finanzmärkten vor. Ferner zeigt er Mängel der herrschenden ökonomischen Lehrmeinungen und zieht (auch ordnungspolitische) Lehren aus der Finanzmarktkrise. Eine Stärke des Buches liegt in kraftvollen Formulierungen und verständlicher „Zusammenschau".

Die Argumentation verläuft zu Beginn wie folgt: die – maßgeblich durch politische Deregulierung – entfesselten Finanzmärkte haben sich inzwischen von der Produktionswirtschaft weitgehend abgekoppelt. Das Volumen der gesamten Finanztransaktionen ist mittlerweile 75mal so hoch wie die Weltproduktion. (S.31) Dabei dominieren riskante Spekulationsgeschäfte, deren Risiken oft auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Im Zentrum entsprechender Probleme stehen Investmentbanken, unregulierte Schattenbanken und große Banken, welche in der Krise teilweise für systemrelevant erklärt und mit Steuergeldern gerettet wurden. Hickel erläutert einige der spekulativen Geschäfte (von ihm „Zockerpapiere" genannt). Dazu gehören Derivate, d.h. abgeleitete Wertpapiere, deren Kauf einer Wette auf die Zukunft gleichkommt. Die Gefahr besteht unter anderem darin, dass in diesen Papieren Risiken versteckt werden können. Ferner ermöglichen diese Geschäfte eine Hebelwirkung: mit geringem Kapitaleinsatz sind riskante Wetten in erheblicher Höhe möglich.

Vor diesem Hintergrund geht es Hickel um eine geeignete Entmachtung der Finanzmärkte. Er schlägt mehrere Strategien vor: erstens (Re-)Regulierung bzw. strengere Spielregeln. Dazu einige Stichworte aus den Kapiteln 3 und 6 des Buches:

- Verbot bestimmter Geschäfte, z.B. von ungedeckten Leerverkäufen (das sind Verkäufe von Wertpapieren, die man noch gar nicht hat, per Termin) und von Spekulationsgeschäften mit Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln,
- Beschränkung von Verbriefungsgeschäften, die den Banken die Weiterreichung versteckter Risiken (z.B. aus Immobilienkrediten) ermöglichen,
- Beschränkung des spekulationsfördernden Hochfrequenzhandels,
- Entmachtung der Ratingagenturen, z.B. durch Streichung der regulatorischen Lizenz: staatliche Gesetze sollen Rating-Urteile nicht mehr fordern dürfen,
- Abschaffung des Handels mit Finanzmarktprodukten außerhalb der Börse („over the counter") zugunsten der Abwicklung über transparente und kontrollierte Handelsplattformen,
- Abschaffung des Eigenhandels der Banken ohne Kundenauftrag,
- Verschärfung der Mindestanforderung an das Eigenkapital, das Banken ihren Geschäften unterlegen müssen, damit Banken bei riskanten Geschäften stärker mit in der Haftung sind.

Zweitens soll mit einer Finanztransaktionssteuer Sand ins Getriebe der Finanzmärkte gestreut und so deren Volumina begrenzt werden (Kapitel 4). Dies scheint vor allem in Bezug auf den Hochfrequenzhandel plausibel, fällt doch bei diesem Handel die Steuer dann besonders schnell und oft an.

Drittens (Kapitel 5 bis 7) ist der Bankensektor umzugestalten: „Spekulationsbanken" (z.B. die Investmentabteilungen großer Banken) sollen abgetrennt bzw. zerschlagen, Schattenbanken (Hedgefonds, Private-Equitiy-Fonds und andere Finanzinvestmentunternehmen, die außerhalb jeder Regulierung und Kontrolle operieren) verboten und dafür die funktionierenden Säulen der deutschen Bankenlandschaft (öffentlich-rechtlich verantwortete Sparkassen und genossenschaftliche Volks- und Raiffeisenbanken) gestärkt und ausgebaut werden. Nach einem solchen Umbau würden sich Banken wieder auf ihre der Realwirtschaft dienenden Aufgaben konzentrieren und auf hochriskante Spekulationen verzichten. Ein zukunftsfähiges Bankensystem ist laut Hickel dezentral und regional verankert mit Dienstleistungen vor Ort – wie eben bei Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken.

Insgesamt (S. 212ff.) müsse national und international die Politik ihre „Verzwergung" gegenüber den Finanzmärkten überwinden, wieder die Führungsrolle übernehmen und die Profitwirtschaft machtvoll in die Schranken weisen. Dazu gehören auch weltweite Regulierungen, denen – um den Fluchtweg aus den regulierten Bereichen in die Schattenbanken zu verstopfen – auch die derzeit getarnten Finanzinstitutionen unterworfen werden müssen.

Das vorgeschlagene Programm hat den Vorzug, konkret zu sein. Allerdings wird nicht ganz klar, wie es gegen die machtvollen Interessen der Profiteure des derzeitigen Systems deregulierter Finanzmärkte durchgesetzt werden kann. Auch wird nicht klar, wie die – zutreffend beschriebenen – Ausweichreaktionen, die sich bei strenger Regulierung fast zwangsläufig einstel-

len, verhindert werden können. Hickel erwähnt ja selbst, dass „im Schatten" fortlaufend neue Finanzakteure und -instrumente entstehen und somit jeder Regulierungsrahmen mit der Zeit „löchrig" werden muss. Außerdem: tiefer gehende Systemfehler des Geldsystems werden von Hickel zwar erwähnt, aber nicht näher analysiert. Es ist eben nicht nur der Bankensektor und der unvollständige Regulierungsrahmen des Finanzsektors, der uns in die Krise geführt hat, sondern auch eine Geldordnung bzw. Geldverfassung, die (quasi als „Brennstoff" für die Spekulation) systematisch Überschussliquidität erzeugt und zulässt bzw. geradezu bewirkt, dass neues Geld kaum in die Realwirtschaft gelangt, vielmehr zunehmend auf Abwege in den Finanzsektor gerät.

Diese Kritik ist jedoch zu relativieren: Hickel legt eine Streitschrift vor. Eine Streitschrift soll aufrütteln und konkrete politische Forderungen stellen. Diese Funktion erfüllt das (inzwischen in der 3. Auflage) vorliegende Buch in hohem Maße. Eine weitere Beachtung des Buches ist insofern sehr zu begrüßen. *Johann Walter*

Bernard Lietaer, Christian Arnsperger, Sally Goerner, Stefan Brunnhuber
Geld und Nachhaltigkeit – Von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem

Ein Bericht des Club of Rome / EU-Chapter
Berlin: Europa Verlag, 2013. 335 Seiten.

Der Club of Rome hat seit der Veröffentlichung der „Grenzen des Wachstums" immer wieder wichtige gesellschaftliche und politische Themen auf die Tagesordnung gesetzt. Der 2012 erschienene Bericht „Money and Sustainability - The Missing Link" liegt seit dem letzten Jahr auch in deutscher Übersetzung vor. Dieser Bericht an den Club of Rome befasst sich zentral mit dem Geld- und Finanzsystem und dem ihm inhärenten Mangel an Nachhaltigkeit. Geschrieben wurde der Bericht von vier AutorInnen mit unterschiedlichen, sich im Hinblick auf das vorgenommene Programm ergänzenden Hintergründen. Dies unterstreicht das Anliegen, an der Überwindung herkömmlicher wirtschaftswissenschaftlicher Paradigmen mitzuwirken.

Es handelt sich um einen klaren und in gut verständlicher Sprache verfassten Bericht an die breite Öffentlichkeit, nicht um einen wissenschaftlichen Beitrag für ausgewiesenes Fachpublikum. Dies äußert sich auch in der vergleichsweise sparsamen Verwendung von Quellenangaben und der teilweise skizzenhaften Argumentationsweise. Ziel der AutorInnen ist es, zum Nachdenken über Ansätze anzuregen, „deren Möglichkeiten bis heute noch nicht ausreichend erkundet worden sind". (S. 51) Zu den im Bericht behandelten Themen gehören folgerichtig neben dem existierenden System – als überholtes Finanzsystem bezeichnet – und seiner Probleme auch verschiedene mögliche Lösungsvorschläge, die Teil eines monetären Ökosystems sind. Die Bedeutung eines solchen Systems leiten die AutorInnen insbesondere aus der Anwendung von Erkenntnissen der Physik komplexer Systeme ab.

Zentral ist die These, dass unser Geldsystem aufgrund inhärenter Designfehler zu häufigen Systemkrisen – Bankenkrisen, Staatsschuldenkrisen und Währungskrisen – führt. Spiegelbildlich sehen die AutorInnen im Design des Geldsystems auch den – wenn alleine auch nicht hinreichenden, jedoch notwendigen – Schlüssel zur Lösung der verschiedenen, miteinander verbundenen Probleme. Hier schwingt ein utopisches Element der Geldreform mit.

Wie gehen die AutorInnen nun konkret vor? Zunächst enthält das Buch einige Vorbemerkungen, unter anderem ein Vorwort von Dennis Meadows, der die Neuheit der Verknüpfung von Finanzsystem und Nachhaltigkeit herausstellt. Dann folgt der Bericht selbst, welcher neben einer Einleitung aus neun Kapiteln besteht. Anfangs erklären die AutorInnen Ziele und Aufbau des Berichtes (Kapitel 1), ehe sie zeigen, welchen Paradigmen die herkömmliche ökonomische Theorie unterliegt und welche blinden Flecken damit zusammenhängen (Kapitel 2). Dann erläutern sie die Instabilität von Währungen und Banken und die dadurch regelmäßig und notwendigerweise auftretenden Systemkrisen. Auch zeigen sie auf, wie Lösungsvorschläge der Privatisierung weitere Umverteilung und eine Erhöhung sozialer Ungleichheit zur Folge haben, den Staaten allerdings keine weiteren Handlungs-

spielräume oder gar eine langfristige Erhöhung ihrer Kreditwürdigkeit bescheren (Kapitel 3). In einem nächsten Schritt liefern die AutorInnen eine Einführung in die Physik komplexer Flussnetzwerke. Instabilitäten werden dabei vor allem an einer dem jeweiligen System eigenen Überbetonung von Effizienz ausgemacht. Es fehle dadurch an Resilienz, also Anpassungsfähigkeit und Toleranz gegenüber Störungen. Erst wenn zwischen beiden ein Optimum gefunden ist, sei das System maximal nachhaltig (S.136). Im Gegensatz zu natürlichen Systemen werde im heutigen Finanzsystem die Effizienz überbetont. Analog zu Flussnetzwerken postulieren die AutorInnen daher ein monetäres Ökosystem, dessen Design die Offenheit wirtschaftlicher Systeme ernstnimmt und Effizienz und Resilienz gleichermaßen beachtet (Kapitel 4). Darauf aufbauend zeigen die AutorInnen, welche destruktiven Auswirkungen unser Geldsystem auf die Nachhaltigkeit hat. Hier problematisieren sie insbesondere die mit prozyklischer Kreditgeldschöpfung verbundene Verstärkung von Boom-Bust-Zyklen, die durch Abzinsung von Gewinnen und Kosten verstärkte Kurzsichtigkeit des Denkens, einen dem Zinseszins inhärenten Wachstumszwang sowie ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit und die Erosion von Sozialkapital (Kapitel 5). In der anschließenden Analyse der Verknüpfung von Geld und Macht, die auf Niall Fergusons historischen Untersuchungen aufbaut, diskutieren sie Möglichkeiten von Staaten und Regierungen, durch die Akzeptanz bestimmter Geldformen als Steuerzahlungsmittel Einfluss auf die Architektur des Geldsystems zu nehmen. Hier diskutieren sie kurz den Chicago-Plan und erörtern Grundsätze von Staats- und Kredittheorien des Geldes (Kapitel 6). In den folgenden Kapiteln werden verschiedene privat initiierte (Kapitel 7) und staatlich initiierte (Kapitel 8) Lösungen vorgestellt. Hierbei handelt es sich überwiegend nicht um existierende empirische Beispiele, sondern um Vorschläge, die unterschiedlich detailliert konzipiert sind. Abschließend verdeutlicht Kapitel 9 noch einmal den Zusammenhang von Geldsystem und gegenwärtigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Problemen.

Die AutorInnen zeigen in wissenschaftsgeschichtlichen Ausflügen anschaulich, wie die herkömmliche Wirtschaftswissenschaft an Paradigmen gebunden ist, welche auf geschlossenen Systemen und Gleichgewichtstheorien ansetzen, allerdings auf dem Stand der Physik des 19. Jahrhunderts verbleiben. An die Stelle solcher überholter Theorien, die wesentlich auf der Mechanik und linearer Kausalität basieren, sollen neue Ansätze auf der Analyse komplexer Systeme, nicht-linearer Kausalität und der Berücksichtigung der informationstheoretischen Entropie basieren. Ausgehend von der Überlegung, dass „ganz allgemein [...] die Resilienz eines Systems durch größere Vielfalt und durch mehr Pfade (oder Verbindungen) verbessert [wird]“, fordern die AutorInnen eine Vielfalt der Geldformen, um Instabilitäten zu verringern. Aus diesem Grund halten sie Reformvorschläge wie den Chicago-Plan, welcher die Abschaffung der Geldschöpfung durch Banken und eine damit einhergehende Stärkung der Zentralbankgeldschöpfung fordert, für unzureichend. Die zentrale Aussage des Berichtes ist schließlich, dass jede Form monopolartiger Geldschöpfungsprozesse unzureichend oder gar schädlich ist. Monetäre Monokulturen mögen effizient sein, aber wenig resilient, somit also nicht nachhaltig.

Während die Forderung, unser Geldsystem mit seinen Problemen und Risiken zu überdenken, ausführlich erläutert und anschaulich dargelegt wird, bleibt die Argumentation für die Überlegenheit eines monetären Ökosystems allerdings lückenhaft. Die AutorInnen nutzen überwiegend Analogieschlüsse aus der Analyse komplexer Flusssysteme, um die Forderung des monetären Ökosystems zu untermauern. Sie gehen aber nicht auf mögliche spezifische Komplexitätsanforderungen technischer oder sozio-ökonomischer Systeme ein. Auch eine Stabilitätsanalyse eines solchen Systems muss erst noch konzipiert werden. Wie die verschiedenen Gelder innerhalb eines monetären Ökosystems interagieren sollten, wird allenfalls angerissen. Ein solches System müsste auf der einen Seite genügend Offenheit bzw. Umtauschbarkeit der Geldformen garantieren, allerdings gleichzeitig Beschränkungen auferlegen, um etwa Herdenverhalten, welches

selbst systemische Risiken beinhaltet, zu vermeiden. Schließlich kann gerade die Vielzahl potentieller Interaktionen systemische Ereignisse hervorrufen.

Das Buch bietet, und dies ist eine besonders wertvolle Leistung, eine Zusammenführung des Nachhaltigkeits- und des Gelddiskurses. Insofern befinden sich die Autoren in einer Linie mit Richard Douthwaites „Ecology of Money" (1999). Während innerhalb der Literatur von und zu Komplementärwährungen und ihrer Organisationen das Element ökologischer Nachhaltigkeit häufig betont wird und auch Ausdruck in der Nähe vieler Projekte zu lokalem und ökologischem Konsum findet, ist die Auseinandersetzung mit Geldpluralismus innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses noch unterrepräsentiert. Dies, so ist zu hoffen, ändert sich in näherer Zukunft – auch durch den Anstoß, den dieser Bericht an den Club of Rome liefert.

Philipp Degens & Oliver Richters

Markus Pühringer
Im Bann des Geldes – Eine Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus
Wien: planetVERLAG, 2013. 377 Seiten.

Buchgeschäfte und Bibliotheken sind in den letzten Jahren immer reichhaltiger mit Literatur bestückt worden, die sich vom kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem kritisch distanziert oder diesem eine klare Absage erteilt. Die Reichhaltigkeit dieses publizistischen Angebots spiegelt sich unter anderem in einer analytisch-methodischen Vielfalt, vor allem aber in variantenreichen Vorschlägen zur Überwindung des Kapitalismus wieder. Einen weiteren, in mehrerlei Hinsicht beachtenswerten Beitrag liefert Markus Pühringer von der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich mit der im planetVERLAG edierten Arbeit „Im Bann des Geldes." Der studierte Linzer Volkswirtschaftler und Kommunalpolitiker will seine Abhandlung ausdrücklich als „eine Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus" verstanden wissen.

Interessant ist zunächst der weltanschauliche und methodische Zugang zur Problematik, dem der Autor zwei Einleitungskapitel widmet. Pühringer verneint darin die Möglichkeit, einen objektiven, bewusstseinsunabhängigen Erkenntnisgewinn für eine Systemanalyse generieren zu können. Man müsse vielmehr von einem „radikalen" Konstruktivismus ausgehen, der nur eine subjektive Weltsicht und eine selektive, von Eigeninteressen getragene Forschungsarbeit – die eigene keineswegs ausgenommen – zulasse. Damit grenzt sich der Autor besonders deutlich von der Annahme eines rational-ökonomisch determinierten Menschenbildes ab. Dieser Standpunkt wird nicht zuletzt auch in Pühringers Kritik an Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre deutlich, die sich unter anderem am Begriff der „Natürlichkeit" entzündet. Deshalb versucht Pühringer in seiner Arbeit den Nachweis zu erbringen, dass menschliche Wesensmerkmale und damit Werthaltungen bzw. Verhaltensweisen von äußeren Umständen, hierbei insbesondere durch die neuzeitlichen (kapitalistischen) Geldmedien geprägt wurden.

Entschieden lehnt Pühringer die Zweckfestlegung der Ökonomie in Hinblick auf eine gesellschaftliche Wohlstandsverbreitung ab. Der kapitalistischen Tauschwertmaximierung als Bemessungsgrundlage des Wohlstandes stellt der Autor den Begriff des „guten Lebens" als Leitbild entgegen. Wiewohl der Konstruktivismus eine Objektivierung von individuellem oder kollektivem Glücksempfinden nicht ermögliche, lasse das Beziehungskonstrukt „eigenes Ich" (als eine Art moralische Ampel), dem ein „Inneres Selbst" (Seele?) zugrunde liegt, und „äußere Welt" eine Annäherung an den aristotelischen Ausdruck der „Glückseligkeit" zu. Im Einklang mit der nikomachischen Ethik des Aristoteles und abgestützt durch moderne neurobiologische Erkenntnisse erklärt Pühringer die Muße zur Selbsterfahrung bzw. Selbstliebe und in weiterer Folge die Übertragung dieser Wertschätzung auf andere Menschen zum eigentlichen Lebensglück. Für die Tatsache, dass sich die meisten Menschen ausgerechnet in den Wohlstandsregionen der Erde zunehmend dem Daseinssinn entfremdet haben, macht Pühringer die Mechanismen des Kapitalismus verantwortlich. Dieser habe die Gesellschaften auf die Tauschwertmaximierung konditioniert und sie dadurch dem eigentlichen Lebenszweck entfremdet.

Pühringer macht kein Hehl daraus, dass er sowohl terminologisch als auch analytisch der marxistischen Dialektik nahesteht. Dennoch vermag der Autor dazu eine kritische Distanz zu wahren, indem z. B. auf die Widersprüche in der Mehrwertanalyse verwiesen und in den Lösungsstrategien die Überwindung des Kapitalismus ausschließlich in der monetären Sphäre präferiert wird. Niemals erliegt der Autor irgendwelchen gewaltsamen Enteignungsfantasien, sondern setzt vielmehr auf eine politische, evolutionäre, letztlich individuelle (Bewusstseins-)Problemlösung.

Einen großen Teil des Werkes „Im Bann des Geldes" nimmt die Skizzierung der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Kapitalismus ein. Pühringer konstatiert, dass der Kapitalismus primär als Geld- und Zinskapitalismus gedeutet wird. Im europäischen Spätmittelalter sei mit der Etablierung der Geld- und Bankwirtschaft eine totalitäre Wachstums- und Wohlstandsdoktrin etabliert worden, welche die Realwirtschaft, die gesamte Gesellschaft durchdrungen und schließlich sogar den privaten, intimen Bereich der Menschen transformiert habe.

Die Untersuchung der einzelnen Zinsbestandteile fällt differenziert aus. Pühringer weist bei zwei von insgesamt vier Zinsanteilen einen ethisch nicht zu rechtfertigenden Anspruch nach. Diese sind die so genannte Risikoprämie und die Liquiditätsprämie, die vom Autor zusammengenommen als Reichtumsprämie bezeichnet wird und eigentlich „nichts anderes als gesellschaftlich akzeptierte Ausbeutung" (S. 99) repräsentiert. Hingegen sei der Teil des Zinses, der als Gläubigerversicherung zu werten ist, sowie jener als Vermittlungsentgelt bezeichnete Teil legitim, zumal diese, im Unterschied zu den beiden anderen, eine Arbeitsleistung oder eine Ausfallhaftung enthielten. Dies rechtfertige einen Kreditaufschlag, der ausdrücklich als Zins ausgewiesen werden könne.

Im letzten Teil des Buches „Im Bann des Geldes" unterbreitet Pühringer seine Vorschläge zur Überwindung des Kapitalismus. Dabei geht der Autor äußerst akribisch zur Sache, weil er Optionen gegeneinander abwägt und sehr präzise deren Vor- und Nachteile für eine postkapitalistische Gesellschaft zur Diskussion stellt.

Pühringer setzt in seiner Strategie zur Beseitigung der kapitalistischen Ausdehnungsdynamik auf eine rigide Fiskalpolitik. Diese greift allerdings nicht im Arbeits- und Produktionsbereich der Wirtschaft, sondern ausschließlich im Geldbereich ein. Durch eine lückenlose Besteuerung aller Geldmedien – dies steht für den Autor fest – sei das Geld einem permanenten Angebotsdruck unterworfen und lasse weder in der monetären Zirkulationssphäre noch in der realen Produktionssphäre leistungsloses Einkommen zu.

„Im Bann des Geldes" hat seine stärksten inhaltlichen Momente in der Wirkungsanalyse der kapitalistischen Genese. Besonders beeindruckend vermag Pühringer die „systemische Krise" des Kapitalismus zu beschreiben, in welcher der zu erwartende finale Kollaps durch eine aggressive Ausdehnung der Märkte, vorrangig aber mittels einer bedenkenlosen Aufblähung der Verschuldungsblase hinausgezögert wird. Der Autor ist der Überzeugung, dass ein Zusammenbruch zu erwarten ist, dessen Zeitpunkt er aber aus Gründen der Seriosität nicht nennen kann bzw. will. Hingegen schildert Pühringer sehr klar, welche Szenarien hierbei denkbar wären. Neben den vielen problematischen und gefährlichen Facetten eines derartigen Fiaskos sieht er aber auch eine Chance auf ein Umdenken und eine Erneuerung der Gesellschaft. Unter anderem hofft Pühringer auf einen Paradigmenwechsel in der Wertorientierung des menschlichen Lebens, der neben einer individuellen Befreiung vom Wohlstandspostulat eine Zurückdrängung des staatlichen Gewaltmonopols und damit einer libertären Gesellschaft die Wege bahnen werde.

Zu klischeehaft fällt die Auseinandersetzung mit Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre aus. Einmal mehr strapaziert auch Pühringer das Vorwort zur dritten Auflage der „Natürlichen Wirtschaftsordnung" (NWO) und reiht Gesell zumindest indirekt in die Wegbereiter der sozialdarwinistischen und völkischen Gesinnung ein. Abgesehen davon, dass in den weiteren Auflagen der „NWO" die Einleitungssätze, entweder von Gesell selbst oder seinen Gesinnungsgenossen überarbeitet, in gänzlich verändertem Wortlaut vorliegen, lohnt sich eine unvoreingenommenere, genaue Betrachtung der Gesamtlektüre. Gesells Weltbürger-

tum und humanitäre Haltung tritt darin ebenso offensichtlich zu Tage wie seine Abgrenzung zu rassischen Attitüden. Dass die politisch rechtsgerichtete Kapitalismuskritik auch tief in die lebensreformerischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit eindrang und nicht nur deren Terminologie missbraucht, sondern auch Weltanschauungen manipuliert hat, ist evident. Aus der privilegiert nachgeborenen Sichtweise bleibt der Opportunismus mancher Gesellianer zweifelsohne nicht entschuldbar, lässt sich aber z. B. aus der suggestiven Formulierung des „25-Punkte-Programms" der NSDAP von 1920 zumindest erklären. Zum Verhältnis zwischen Freiwirtschaft und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik liegen fundierte wissenschaftliche Arbeiten vor (vgl. z. B. Onken; ZfSÖ Folge 106, 1995 S. 2ff; Senft; ebd. S.18ff.), welche die von Menschengruppen gänzlich losgelöste systemische Zinskritik Gesells belegen. All dies wird zwar von M. P. rezipiert, hätte sich aber mehr als nur eine kleine Fußnote verdient.

Etwas eindimensional wirkt auch Pühringers Distanz zu Gesells Bodenreformplänen. Gesell hat ja bekanntlich der Sozialisierung des Bodeneigentums und dem damit vergesellschafteten privaten Nutzungsentgelt Priorität eingeräumt und das Gelingen einer Geldreform davon abhängig gemacht. Pühringer unterstellt Gesell in der Bewertung der Bodenproblematik einen „gravierenden Denkfehler" (S. 342). Nach Meinung des Autors habe sich die Zinsfähigkeit des Geldes, die in der frühen Neuzeit einsetzte, auf alle mobilen und immobilen Waren übertragen. Hier wäre zu hinterfragen, inwieweit Boden überhaupt eine vergleichbare Ware darstellt, ist doch dessen Naturgegebenheit unabhängig von menschlicher Arbeit und gewinnt im Falle eines Privatbesitzrechtes einen monopolartigen Stellenwert. Außerdem zeigt sich speziell in der Zeitspanne des Hochmittelalters, die von Pühringer an mehreren Stellen seiner Abhandlung als positives Beispiel einer präkapitalistischen Epoche vorgeführt wird, wie sehr auch in einer weitgehend geldfreien Wirtschaftsordnung der Faktor Boden zu einem Macht- und Ausbeutungsinstrument werden konnte. Diese feudalistischen Ausprägungen – seit der Neuzeit mit der Rezeption des römischen Rechts auch de jure abgesichert – wirken bis heute konfliktreich nach. Ob diesem Problem tatsächlich nur mit einer Geldsteuer beizukommen ist, sollte, wie gesagt, Gegenstand einer genaueren Untersuchung sein. Das insistierende Festhalten an der Geldsteuer erinnert zudem frappant an die ergokratischen Reformpläne eines Heinrich Färber, der in seiner kategorischen Ablehnung einer freiwirtschaftlichen Bodenreform und der alleinigen Umsetzung einer automatischen Geldsteuer darauf vertraute, dass „jeder Schaffende bei mäßiger Arbeit glücklich leben" könne (zit. nach: Senft; ZfSÖ Folge 151, 2006, S.22).

Wenn auch „Im Bann des Geldes" freiwirtschaftliche Positionen mehrfach herausfordert, stellt die Lektüre des Buches gerade deshalb eine Bereicherung dar. Es zwingt nämlich dazu, eigene, vielleicht im Laufe der Zeit etwas eingeengte Blickwinkel zu überprüfen und im Spiegel der aktuellen Entwicklung gegebenenfalls neu zu justieren. Schon wegen des ehrlichen menschenfreundlichen Grundtenors der Arbeit und der Entlarvung der hohlen Wohlstandsverheißungen hat sich Pühringer ein großes Leserpublikum verdient. Im Kanon der antikapitalistischen Literatur sollte „Im Bann des Geldes" als richtungsgebende Stimme nicht überhört werden.

Christof Karner

Heinz Kurz
Geschichte des ökonomischen Denkens

München: C.H. Beck Verlag. 128 Seiten.

Wozu nun schon wieder eine Geschichte des ökonomischen Denkens, darf man berechtigterweise fragen. Im Vorwort gibt Heinz Kurz ein überzeugendes Argument an: „Die Geschichte eines Fachs ist nicht ein für allemal geschrieben. … Im Zeitablauf wandelt sich, was Schumpeter die Vision von der Funktionsweise des ökonomischen Systems genannt hat, und mit ihr wandelt sich das Verständnis der alten Meister. Zu glauben, Geschichte war einmal, aber ist nicht mehr, ist ein arges Missverständnis." (S. 8) Die Geschichte selbst sowie die Dogmengeschichte dürfen und müssen immer wieder neu interpretiert werden, da im Verständnis der Geschichte

sowie der sie begleitenden Dogmen letztendlich auch ein Schlüssel zur Gestaltung der Zukunft liegt.

Heinz Kurz liefert auf 128 leicht verdaulichen Seiten einen Überblick von Überlegungen aus der Antike bis hin zu modernen Entwicklungen auf ausgewählten Teilgebieten wie der Spieltheorie oder der Finanzmarkttheorie. Das Büchlein ist sehr übersichtlich strukturiert, sehr zugänglich geschrieben und verliert sich nicht in Detaildiskussionen der akademischen Zunft, so dass es insbesondere Interessierten ohne Vorbildung zu empfehlen ist.

Zum frühen ökonomischen Denken zählt Kurz die Denker der Antike, der Scholastik sowie des Merkantilismus und des Kameralismus. Während die Klassik meist mit Adam Smith beginnt, setzt Kurz auch François Quesnay in das Kapitel der Klassiker Smith, Ricardo und Mill. Karl Marx bekommt ein eigenes Kapitel, wobei die früheren sozialistische Denker wie Henri de Saint-Simon oder Robert Owen nur erwähnt werden können. Immerhin wird in diesem Zuge auch Proudhon genannt, der schon in dickeren Werken zur Dogmengeschichte ganz untergegangen ist.

Die zwei folgenden Kapitel widmen sich den Gründern des heutigen Mainstreams William Stanley Jevons, Carl Menger, Léon Walras und Alfred Marshall. Interessant ist das darauffolgende Kapitel „Utilitarismus, Wohlfahrt und Systemdebatte“, da sich hier auch einige weniger bekannte Denker eines Dritten Weges bzw. eines Marktsozialismus des frühen 20. Jahrhunderts verstecken. Dazu gehören Oskar Lange, Abba P. Lerner, Emil Lederer, Carl Landauer und Eduard Heimann. Silvio Gesell findet keine Erwähnung.

Nachdem wichtige Vertreter des monopolistischen Wettbewerbs und Schumpeters Beiträge abgehandelt werden, kommt das unverzichtbare und sehr gut gelungene Kapitel zu Keynes. „Keynes ist ein aufgeklärter Liberaler, der die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung erhalten will. Nur durch staatliche Eingriffe und Regulierungen könne sie davor bewahrt werden, sich selbst zu zerstören.“ (S. 89) Heute ist eigentlich klar, dass das bekannte keynesianische wirtschaftspolitische Instrumentarium langfristig nicht die Dysfunktionalitäten des Kapitalismus überwinden kann. Das hat auch Keynes selbst erkannt. Heinz Kurz erzählt daher die Keynes-Geschichte nicht ganz zu Ende, wofür ich hier ein Zitat von Heinz-Peter Spahn heranziehen möchte: „Nachdem er das Wesen des Kapitalismus in der Steuerung des Wirtschaftsablaufs durch das Kalkül des Rentiers, d.h. der Geldvermögensbesitzer, erblickt hatte, setzte er sich mit Nachdruck dafür ein, die Macht des Geldzinses über die Investitionsentscheidungen dadurch zu brechen, daß letztere einem gesellschaftlichen, längerfristig orientierten Kalkül unterworfen werden sollten. Der liberale Keynes ließ jedoch die Frage der Verträglichkeit einer ‚Sozialisierung der Investitionen‘ mit den grundlegenden Eigenschaften einer Markt- und Geldwirtschaft und ihrer ordnungspolitischen Verfassung unbeantwortet.“ (in: Stagnation in der Geldwirtschaft, 1986, S. 35)

Nicht alles, was Keynes gefunden hat, war neu und er steht auf den Füßen seiner Vorläufer (siehe dazu z.B. Lawrence Klein, The Keynesian Revolution oder Christopher Mensching zu Nicholas Johannsen in ZfSÖ 142). Kurz weist uns darauf hin, uns auch stärker auf Kalecki zu berufen: „Mit seinen bahnbrechenden Arbeiten bleibt Kalecki zeitlebens unverdienterweise im Schatten von Keynes.“ (S. 90) In einem weiteren Kapitel zeigt Kurz die Reaktionen auf Keynes, die in der neoklassischen Synthese endeten, in welcher Keynes‘ Theorie des langfristigen Ungleichgewichts als kurzfristiger Spezialfall in die liberale Theorie der selbstregulierenden und gefälligst nicht zu störenden Märkte hineingepresst wird.

Die letzten beiden Kapitel widmen sich der Weiterentwicklung der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und den Entwicklungen auf ausgewählten Gebieten, wobei auch Amartya Sen als einer der wenigen Nobelpreisträger mit der Problemwahrnehmung sozialer Ungleichheit seinen Platz findet.

Warum soll man sich für die Dogmengeschichte interessieren? Zunächst ist sie ein Spiegel der Entwicklung, da „sich das Erkenntnisobjekt der Ökonomik mit dem Erfahrungsobjekt selbst laufend ändert.“ (S. 9) Die Dogmengeschichte hilft uns also, die gegenwärtige Wirklichkeit und den Stand der Theorie besser zu erfassen und zu be-

werten. „Ökonomische Ideen können den Blick auf die Wirklichkeit schärfen, sie können ihn aber auch verstellen“, warnt uns Kurz. (S. 9) Die einzige Hilfe bei der Bewertung der Wirklichkeit, der sie verteidigenden Dogmen sowie der Reformvorschläge ist die Kenntnis der Dogmengeschichte. Bei aller berechtigten Kritik an den Verhältnissen und bei aller zu bewundernden Kreativität in der Lösung der gefundenen ökonomischen Probleme ist etwas Wahres an Langelütke's Kritik der Sozialreformer: „Die Unkenntnis der Dogmengeschichte ist ihnen zum Verhängnis geworden.“ (Tauschbank und Schwundgeld, 1925, S. 3)

Heinz Kurz betont, dass die jüngste Krise „nolens volens die Frage nach den Bedingungen einer stabileren und gerechteren Welt“ aufwirft (S. 80) und dass sich die Ökonomik der neuen Wirklichkeit nicht dauerhaft verschließen kann. Man wird wohl nicht allein auf die Fortschritte des Mainstreams zählen können, sondern insbesondere auf heterodoxe Denker oder eben auch Querdenker außerhalb der akademischen Nationalökonomie. Diese Denker, die es ja auch immer gab, dürfen künftig auch mehr Berücksichtigung in der Geschichte des ökonomischen Denkens finden. *Ferdinand Wenzlaff*

Jürgen Borchert
Sozialstaatsdämmerung

München: Riemann Verlag, 2013. 243 Seiten.

„Wir brauchen ein semantisches Großreinemachen, damit die Leute ihre Sozialsysteme überhaupt kapieren können“, sagt der Sozialexperte Jürgen Borchert, Vorsitzender Richter am Hessischen Landessozialgericht, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats bei Attac und Politikberater quer durch das Parteienspektrum.

So werden laut Borchert Familien in Deutschland entgegen der politisch gepflegten Optik nicht nur reichlich beschenkt, sondern ganz im Gegenteil durch das Steuer- und Sozialsystem regelrecht ausgebeutet. (S. 10) Das untere Drittel der Bevölkerung versinkt bereits in Armut und Schulden, das mittlere Drittel rutscht hinterher und die obersten zehn Prozent werden von der Entwicklung um so mehr nach oben gehievt, je tiefer die andern abrutschen. (S. 17) Die Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren zum Paradies für Superreiche geworden. Dem obersten Prozent der Bevölkerung gehört mehr als ein Drittel aller Vermögen und dem winzigsten obersten Promille gehören mit 22,5 Prozent fast ein Viertel und damit kaum weniger als 1969 noch dem kompletten obersten Prozent. Während 1965 nur jedes 75. Kind unter sieben Jahren zeitweise oder auf Dauer im Sozialhilfebezug lebte, ist es heute insgesamt jedes fünfte. (S. 18)

Was heute passiere, so Borchert, sei an Heimtücke kaum zu überbieten. Ausgerechnet der „Sozialstaat“ beraube, maskiert als Robin Hood, die Schwächeren und komme dann in Nadelstreifen mit kleineren Kompensationen zurück und verteile Sozialbonbons. Seit der Rentenreform 1957, als die Alterssicherung sozialisiert wurde, die Lasten der Kindererziehung aber bei den Eltern privat verblieben, prelle der Sozialstaat die Eltern um die Früchte ihrer „Investition in das Humanvermögen“ (d.h. den familiären Altersunterhalt) und bringe als Wohltäter über die „Anrechnung“ von Babyjahren nur einen Bruchteil dessen zurück, was die Kinder an fremde Kinderlose der Generation ihrer Eltern leisten müssen. (S. 25) Schon der Augsburger Rechtswissenschaftler Dieter Suhr hatte diesen unhaltbaren Zustand als „Transferausbeutung der Familien“ bezeichnet. (S. 42) Der degenerierte Sozialstaat selber sei es also, der laut Borchert hinter der Wohltäterfassade die Armut, Not und Risikolagen selber produziere. Das Beitragssystem der Sozialversicherung stelle die starken Schultern frei von sozialer Verantwortung und belaste die schwachen und die Familien im Übermaß. Diese würden ausgeplündert. Bei Familien kumulierten und kulminierten die Verteilungsfehler des Systems, die alle Arbeitnehmer in der unteren Hälfte treffen – je schwächer, desto brutaler. (S. 26f.) Der Sozialstaat müsse deshalb von Grund auf rekonstruiert werden. (S. 28)

Immerhin würden die öffentlichen Lasten in Deutschland zu weit über 60 Prozent aus Sozialbeiträgen und Verbrauchssteuern und somit in einer Weise getragen, welche die unteren Einkommen ungleich härter belasten als höhere und

Arbeitnehmer weit mehr als jede andere gesellschaftliche Gruppe. Während die Belastung der Arbeitseinkommen seit Jahrzehnten zunahm, sei die aller anderen Einkunftsarten teils drastisch gesunken. (S. 133) Der Reichtum „im toten Winkel auf der Überholspur" bleibe unbehelligt. (S. 146) Reichtumsgeschichtlich hätten wir den Zustand der Plutokratie bereits hinter uns gelassen und befänden uns nunmehr im Zustand der Augustinischen Latrimonarchie, der Räuberherrschaft. (S. 158) Die sogenannten Finanzmärkte dienten der Menschheit genauso wenig wie die organisierte Kriminalität. Die harten Reformen hätten bei ihnen anzusetzen, statt umgekehrt den Sozialstaat abzubauen. (S. 180) Borchert erwähnt in diesem Zusammenhang auch die hochaktuellen Vorschläge des Geldreformers Silvio Gesell. (S. 149)

Der Autor plädiert im zehnten und letzten Kapitel seines Buches für das Modell einer BürgerFAIRsicherung, in der sämtliche personengebundenen Einkommen nach einheitlichen Kriterien zur sozialen Verantwortung herangezogen werden sollen. Eine Reform des Beitragssystems nach dem Modell des gegenwärtigen „Solidaritätszuschlages" bei der Einkommensteuer würde die Beitragssbemessung an die Steuerschuld ankoppeln. Damit könnten alle Einkunftsarten ohne Bemessungsgrenzen bis in die Einkommensspitzen zur Finanzierung des Sozialstaats herangezogen werden bei gleichzeitiger Schonung der Existenzminima. (S. 237) Die Folge wäre eine drastische Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung. Die relative Entlastungswirkung wäre um so höher, je niedriger das Einkommen und je höher die Kinderzahlen sind. Der daraufhin zu erwartende Konjunkturimpuls würde zu zusätzlichen Arbeitsplätzen und einer weiteren Entlastung im Bereich der Arbeitslosenversicherung führen. (S. 239) Durch Transfers im System der BürgerFAIRsicherung würde das aufgeblähte ineffiziente Sozialbudget schrumpfen und der sklerotische Sozialstaat entschlackt, weil sich der Adressatenkreis der Transferempfänger erheblich verkleinerte. (S. 241)

Eine Abfuhr hingegen erteilt Borchert dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) nach Götz Werner. Dieses sei in Wahrheit gar nicht bedingungslos, und zwar deshalb nicht, weil es mit der Bedingung stehe und falle, dass ein Teil der Bürger für den Lebenunterhalt anderer Bürger zahle. Dabei sei der Freiheit der einen zum Erwerbsverzicht notwendigerweise die Unfreiheit der anderen komplementär, die zahlen und abgeben müssten. Die einen seien gleicher, die anderen dafür unfreier. (S. 222) Das BGE versuche, Rechte von Pflichten zu trennen. Das könne nicht funktionieren und verlasse den vom Gleichheitsprinzip gesteckten Rahmen. (S. 223)

Frank Bohner

Ulrich Duchrow
Gieriges Geld – Auswege aus der Kapitalismusfalle – Befreiungstheologische Perspektiven

München: Kösel-Verlag, 2013. 288 Seiten.

Wer Ulrichs Duchrows Buch gelesen hat, kann es nur als großartiges Vademecum (lat. „geh mit mir") dafür bezeichnen, wie man aus einer lebensbedrohenden „Kultur der Gierökonomie" zu einer beziehungsgerechten Kultur des Lebens kommen kann, in der das Gemeinwohl bestimmend ist und das Ego nicht mehr regiert. Dabei benutzt Duchrow als ausgewiesener ökumenischer Theologe und Gesellschaftswissenschaftler die Grundkategorien christlicher Befreiungstheologie – Sehen, Urteilen, Handeln –, um umfassend die Ursachen von gesellschaftlichen Krisen aufzudecken, sie beurteilen und überwinden zu können.

Ausgangspunkt von Duchrows Überlegungen ist die Frage, warum gerade in der Achsenzeit zwischen dem 8. und 2. Jahrhundert v. Chr. die bis dahin gesellschaftlichen Solidaritäten in Griechenland über Persien bis nach Indien und China zerbrachen und sich das Denken und Fühlen der Menschen änderte. Er kommt zu dem Ergebnis: Genau zu dieser Zeit begann in jenen Gesellschaften die Geld-Privateigentums-Wirtschaft, die diese Änderung bewirkte. Dadurch kam es zu Spaltungen zwischen Arm und Reich, die sich bis in unsere Gegenwart in verheerender Weise mit ihren Finanz- und Lebenskrisen fortsetzen und auch die Psyche des Menschen verändern. Das heißt aber, dass die Gier der Banker

von heute nicht nur ein moralisches Defizit ist, sondern ihre Wurzeln in der Geld-Privateigentums-Wirtschaft hat, die lebenszerstörend ist.

Zugleich aber etablieren sich in eben diesen Gesellschaften zu dieser Zeit befreiende Religionen und Philosophien, die als Kontrastpraxis eine beziehungsgerechte Kultur des Lebens lehren und üben. Sie entwickeln Widerstand und alternative Konzepte für die politische Ökonomie und Spiritualität. Es sind dies die abrahamischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam), der Buddhismus und andere Philosophien. Duchrows Aufsehen erregende These lautet deshalb: „Die religiösen, spirituellen und rechtlich institutionellen Innovationen der Achsenzeit sind zu verstehen als Antwort auf die gefährlichen gesellschaftlichen und menschlichen Entwicklungen, die mit der Verbreitung der Geld-Privateigentums-Wirtschaft verbunden waren." (S. 55) Aufschlussreich ist für Duchrow, dass sowohl die biblische Prophetenkritik als auch der Buddhismus, die chinesischen Religionen, die Jesustradition, der Islam wie auch die alten griechischen Philosophien eine erstaunlich gleiche Antwort auf diesen Epocheneinbruch geben: Ablehnung von Gier und einen spirituellen gesellschaftlichen Gegenentwurf im gleichen geschichtlichen Kontext der Achsenzeit.

Dies weist der Autor in den ersten beiden Teilen des Buches nach (Teil 1: Strukturelle, kulturelle und persönliche Gier in Antike und Moderne; 2. Teil: Befreiende Religionen und Philosophien in der Antike). Da aber beide gegensätzlichen Entwicklungen bis heute anzutreffen sind, glaubt Duchrow, dass diese Religionen und Philosophien der Achsenzeit auch für uns konkrete „Ansätze für Antworten bieten, wie den Strukturen des gierigen Geldes und den davon abhängigen Denk- und Handlungsweisen auch heute zu entkommen ist." (S.137) Denn alle diese Bewegungen verurteilen die durch Menschen erdachte Geldvermehrung durch Zinsen, d.h. die Tatsache, wie aus Geld Kapital wird, indem es ständig wieder angelegt wird, um den Gewinn unendlich zu vermehren. Deshalb legen sie ihr Hauptaugenmerk auf die Wechselwirkung zwischen kapitalzentrierter Wirtschaft und der menschlichen Psyche. Genau um diese Frage dreht sich auch Duchrows Buch, dessen „Titel deshalb Gieriges Geld und nicht einfach „Geldgier" lautet". (S. 84) So arbeitet der Autor im dritten Teil seines Buches heraus, wie befreiende Theologien und spirituelle Bewegungen von heute in gleicher Weise weltweit agieren. Sie sehen die lebensgefährliche Krise von Menschheit und Erde durch die westliche Zivilisation der Moderne verursacht, in der das gierige Geld, d. h. das Kapital, das strukturelle und individuelle Leben genauso kulturell beherrscht. So darf die Erde nicht zur Ware werden, sondern sie bleibt Gabe und Geschenk Gottes. Diese Tendenzen der Zerstörung der Erde rufen aber heute alle Religionen dazu auf, „sich zu verbünden und mithilfe ihrer Schöpfungsreligiosität, die Schöpfung als heilig ansieht, diese zu schützen. So können sie die religiöse Pluralität feiern als eine Gabe an die Menschheit und sich dabei gegenseitig zu ihrer unverwechselbaren Identität ermutigen." (S. 213) In diesen neuen Aufbrüchen sieht Duchrow die Vision einer befreiungstheologischen Ökumene der Religionen aufleuchten, die wieder aus ihren Ursprüngen lebt und die Welt verändern kann, in der Platz für alle ist und alle eine Lebensgrundlage in Harmonie mit der Natur haben. Deshalb handelt der vierte und letzte Teil des Buches vom „Handeln in der Krise der westlichen Zivilisation". Darin geht es um die Realutopie einer Lebenskultur, in der gerechte Beziehungen zwischen den Menschen und der Natur entwickelt werden. Hauptschwerpunkt ist die Transformation der Geld- und Eigentumsordnung. Hier verweist Duchrow auf vielfältige Modelle, die von der „Akademie Solidarische Ökonomie" und auch von den „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung CGW e. V" vertreten werden. Die „Entgierung des Geldes" spielt dabei eine bedeutende Rolle, denn Duchrow vertritt klar die Institution „Neutrales Geld" ohne Zins und Inflation. „Das öffentlich zur Verfügung gestellte Geld wird gleichsam 'entgiert', 'neutralisiert'." (S. 228) Das heißt: „Geld muss von einer Ware, mit der man mehr Geld produziert, zu einem Instrument für bedarfsbezogenes, reales Wirtschaften werden." (S. 227) Zugleich muss die Eigentumsordnung verändert werden, wenn das neue Lebensparadigma „Gemeingut der Menschheit" heißt. Pri-

vateigentum müsste in vielfältige Formen von Nutzungseigentum verwandelt werden, denn Eigentum muss so organisiert werden, dass es dem Gemeingut dient und nicht den grenzenlosen Wünschen privater Geldbesitzer. Diese Umwandlung von Privateigentum zur Gemeinwohl-Ökonomie hat zugleich positive ökologische Folgen, die keinen Wachstumszwang entstehen lassen. Auch hier verweist Duchrow auf Christian Felbers Gemeinwohlökonomie als Wirtschaftsmodell der Zukunft. Da aber Strukturveränderungen nur möglich sind, wenn die Veränderer einen langen Atem der Hoffnung haben, sind Glaubensgemeinschaften als Basisträger notwendig. „Sie können mitten im Kampf gemeinsame Orte und Gelegenheiten des meditativen Atemschöpfens, des Feierns und der Freude schaffen. Die neue Kultur des Lebens in gelingenden Beziehungen lebt aus der Spiritualität des Unverfügbaren, des Geschenks, im Gegensatz zur Zivilisation und manipulativen Spiritualität des gierigen Geldes." (S. 262) So ist Ulrich Duchrows Buch ein hoffnungsvoller Wegweiser (Vademecum) für alle, die daran glauben: Eine andere Welt ist möglich!

Christoph Körner

Kristina Pezzei
Verkaufen können wir selber! – Wie sich Landmenschen ihren Laden zurück ins Dorf holen

Marburg: Metropolis-Verlag, 2013. 186 Seiten.

„Verkaufen können wir selber!" Das ist ein sehr gelungener Buchtitel für ein Buch über Dorfläden. Es klingt kraftvoll, trotzig, selbstbewusst. Damit drückt sich aus, dass Dorfläden, die in den letzten Jahren an vielen Orten in Deutschland entstanden sind, aus der Not heraus geboren sind, aber eine Re-Aktion auf die Gegebenheiten sind, die die betroffenen Menschen wieder zu aktiv Handelnden machen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Zugleich ordnet dieser Titel – bewusst oder unbewusst – die Dorfläden in einen größeren Zusammenhang des Selbermachens ein, eines Subsistenzansatzes, der in einer globalisierten, stark von außen bestimmten Welt eine Strategie des widerspenstigen Sich-wieder-Aneignens von selbstbestimmten Räumen entgegensetzt, etwa in Form des Urban Gardenings, eines Repair Cafés oder dem nicht-kommerziellen Teilen von Nähanleitungen und Schnittmustern, um Kleidung wieder selbst zu nähen.

Die Autorin Kristina Pezzei hat Dutzende Dorfläden im ganzen Land besucht und Gespräche mit den Akteuren und Dorfbewohnern geführt. Herausgekommen ist ein sehr lesenswertes Buch, das inspiriert, ohne die Augen vor Schwierigkeiten und der Möglichkeit des Scheiterns zu verschließen. Rund 20 private, genossenschaftliche oder kommunale Dorfläden werden in dem Buch vorgestellt, die die große Spanne an unterschiedlichen Umsetzungen veranschaulichen. Die 5- bis 10-seitigen Portraits sind im journalistischen Stil geschrieben, abgerundet durch kurze Steckbriefe zu jedem Projekt. Sie erinnern an die Illustrationen in dem Buch „Ohne Menschen keine Wirtschaft" von Andrea Baier, Veronika Bennholdt-Thomsen und Brigitte Holzer aus dem Jahr 2005, in dem die Quellen gesellschaftlichen Reichtums in einer ländlichen Region in Ostwestfalen analysiert werden. In Pezzeis Buch wird dagegen auf eine explizite, tiefer gehende theoretische Betrachtung verzichtet. Die Fazite am Ende der einzelnen Kapitel stellen eher einen Ratgeber für Praktiker dar. Von daher sind beide Bücher eine gute Ergänzung zueinander. „Verkaufen können wir selber!" eignet sich gut für einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Dorfladen-Bewegung wie auch als Handbuch für Engagierte, die sich mit dem Gedanken der Gründung eines Ladens herumtragen.

Die Anordnung der Dorfladen-Portraits ist sehr gekonnt gewählt. Ein langes Kapitel widmet sich den „Gemeinschaftern" und weckt zunächst Begeisterung für die Idee und Bewunderung für die Tatkraft und Fantasie der Akteure. Zum Ende hin kommen jedoch auch Beispiele, die die Probleme bei der Umsetzung aufzeigen. Im folgenden Kapitel werden „Einzelkämpfer" vorgestellt, woran im dritten Kapitel ein Fokus auf die Rolle des Staates und der Kommunen anschließt. Hier finden sich auch einige Interviews. Nachdem man nach dem ersten Kapitel eine relativ einheitliche Vorstellung von Dorfläden hatte, so lässt einen das letzte Kapitel fast ein wenig verwirrt zurück,

reißt einen auf jeden Fall aus jeder Form von Schubladendenken heraus, indem deutlich wird, dass es fließende Übergänge von gemeinschaftlich getragenen Dorfläden, eigenwilligen Tante Emmas bis hin zu professionellen Supermärkten gibt – und dass die Probleme mit der Nahversorgung in ländlichen Gegenden unter Umständen auf ähnliche Tendenzen in städtischen Vorortsiedlungen und Trabantenstädten hindeuten.

Eine Mitarbeiterin eines Dorfladens in einem südfranzösischen Cevennen-Dorf sagte einmal, „Wir können auch Fahrgemeinschaften zum nächsten Supermarkt bilden, aber wir brauchen den Dorfladen, um uns zu treffen." Auch Kristina Pezzei kommt zu dem Schluss: „Dorfläden funktionieren dort am besten, wo sie eine Bereicherung im Kulturellen und Sozialen sind".

Krister Volkmann

Helge Peukert
Das Moneyfest – Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise

Marburg: Metropolis Verlag, 2013. 157 Seiten.

Das eigentliche Moneyfest ist ein 4-seitiges Faltblatt, das dem Buch beiliegt und 11 Kernforderungen enthält, die wiederum ein Substrat der im Buch gezogenen Schlussfolgerungen aus der vorgelegten Analyse der Ist-Situation sind. Zuvorderst und am ausführlichsten wird die Notwendigkeit der Einführung des Vollgeldes thematisiert. Denn: „Eine Kreditgeldschöpfung erzeugt strukturell Wachstums- und Verschuldungstendenzen, weshalb ernstzunehmende Reformvorschläge auch eine geldordnungspolitische Grundsatzdebatte enthalten müssen." Im gegenwärtigen System „können die privaten Geschäftsbanken dank ihres Geldschöpfungsprivilegs Kredite aus dem hohlen Bauch vergeben und einem Kreditnehmer entsprechende Geldbeträge einfach auf einem Konto gutschreiben." Dies führt in guten Zeiten zu überschießender Kreditvergabe, in schlechten Zeiten zu plötzlichen scharfen Zusammenbrüchen, Bankenpleiten, Enteignungen der Sparer, Depression.

Im Vollgeld-System ist das alles ganz anders: „Denn jedem Kreditvorgang muss jetzt ein Sparvorgang vorausgehen. Wundersamer Geldvermehrung wie vor und nach der Finanzkrise 2008 wäre ein Riegel vorgeschoben. Die Kreditblasen hätten auf diesem Wege nicht entstehen können." Rettungsaktionen der Zentralbank wären weniger dringlich und könnten vergleichsweise unbedeutend ausfallen. Durch die Transformation des real existierenden Geldes in Vollgeld „wäre es möglich, die Staatsverschuldung beispielsweise Deutschlands um etwa zwei Drittel abzubauen." Weil im Vollgeld-System der Gewinn aus der Geldschöpfung nicht mehr den Banken, sondern vollständig den öffentlichen Haushalten zugute käme, könnte fürderhin „als Regelfall auf Neuverschuldung der Staaten über die Kapitalmärkte mit den entsprechenden Abhängigkeiten und Instabilitäten verzichtet werden."

Das „weitgehende Entfallen der Staatsverschuldung" würde auch eine Milderung der Konzentration des Reichtums mit sich bringen. Nicht nur, weil dann ein Teil der Zinseinnahmen für die Begüterten entfallen, sondern auch, weil dann der Staat keine bzw. nur noch wenige Zinsen leisten müsste und entsprechend mehr Geld für öffentliche Güter und ausgleichende Umverteilung zur Verfügung stehen würde. Schließlich: „Man wäre im Vollgeld-System unabhängig von den Attacken der Kapitalmärkte und den Urteilen privatwirtschaftlicher Ratingagenturen." Und es ist auch „nur so die solide und gerechte Finanzierung eines funktionsfähigen öffentlichen Sektors möglich."

Als weitere Manifestationen werden genannt:

2. die Begrenzung der Größe der Banken auf ein Limit von 100 Mrd. € Bilanzsumme,

3. eine an der Realwirtschaft orientierte Erhöhung des Eigenkapitals der Banken auf 30 % der Bilanzsumme,

4. ein Trennbankensystem, das sog. „Investmentbanken" von Geschäftsbanken separiert,

5. ein Verbot von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (CDS),

6. die Einführung der Finanztransaktionssteuer und Abschaffung des Hochfrequenzhandels,

7. die Unterbindung des Verkaufs von undurchsichtigen Finanzprodukten an Kleinanleger,

8. eine Begrenzung der Vermögen und weiterer Abbau der Schuldenberge durch eine Rei-

chensteuer von mindestens 30% der Geldvermögen.

Aber die Vollgeld-Idee zieht sich wie ein roter Faden auch durch die anderen Forderungen des Erfurter Hochschullehrers Helge Peukert, der u.a. auch selbst aktives Mitglied der „Monetative e.V." ist und zur Vertiefung auf deren Homepage verweist. Dies wird insbesondere deutlich bei den drei letztgenannten: Peukert wendet sich

9. gegen „strukturkonservierende Insolvenzverschleppungen und Rechtsbrüche" durch Schuldenkollektivierungen wie Rettungsschirme, Eurobonds und Fiskalunion auf Basis des Bestehenden: „Europa müsste zunächst einer überzeugenden demokratischen, sozialen und ökologischen Finalität zugeführt werden. Erst dann sollte man über eine eventuelle Fiskalunion und andere Integrationsschritte nachdenken. Es kommt entscheidend auf die Reihenfolge an. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte im Vollgeld bestehen, dessen Funktionsweise im Unterschied zur heutigen Geldordnung (fraktionelles Reservesystem) nicht nur stabiler, sondern auch einfacher zu verstehen wäre und der Erpressbarkeit durch die Finanzgroßwirtschaft ein Ende bereiten würde." Weil der größte Teil der Staatsverschuldung dadurch abgebaut werden könnte (s. o.), bedürfte es „auch keiner Kontrolle der nationalen Budgets durch die EU-Kommission. ... Keine Eurobonds und keine einheitliche, von den meisten EU-Bürgern (noch) nicht gewünschte Wirtschafts- und Finanzpolitik wären erforderlich." Peukert plädiert in diesem Zusammenhang aber auch für EU-Außenzölle, denn vor dem Hintergrund des real existierenden Euro sei nur so eine Gesundung der südlichen Krisenländer ohne Unterschreitung des sozialen Minimums möglich. Er will

10. den „Euro retten – aber richtig". Insbesondere auch mit Blick auf Griechenland dürfe eine „länderspezifische Währungspolitik nicht tabuisiert werden" und diese „muss einen zeitweisen länderspezifischen Übergang zu einer gesonderten Landeswährung einschließen", denkbar auch in Form einer Parallelwährung neben dem Euro: Denn „schließlich könnte man eine solche (temporäre) Parallelwährung auch als kreatives Experiment für ein Vollgeld-System konzipieren, das zum fraktionellen Reservesystem des Euro in gewisse Konkurrenz träte und dann etwas anderes wäre als nur ein wohl als schmachvoll empfundenes Verlassen des Euro." Und schließlich als Conclusio

11. „Ja, halten wir die Zerstörung unseres Planeten auf!" Hier outet sich Peukert als expliziter Wachstumskritiker („Eine stationäre Nachwachstumsgesellschaft ist als oberstes Primärziel zu fixieren."), der aber auch die zwingende Verkettung zwischen dem Wachstumsdrang der Realsphäre, der Geldsphäre und dem bestehenden Zinssystem erkennt: „Das Kunststück einer Wirtschaftspolitik der Zukunft wird darin bestehen, eine Vollbeschäftigung neuen Typs mit Null- oder sogar Negativwachstum realisieren zu müssen. Hier zeigt sich die enge Verwandtschaft der Probleme des Realsektors mit der Geld- und Finanzsphäre. Über den Zins ist die Geldsphäre genauso wie die Realsphäre auf exponentielles Wachstum angelegt und in beiden Sektoren treten wachstumsbedingte Strukturprobleme auf."

Aber: „Wie kann man ein solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch v.a. durch den (Zinses)Zins auf ständige Expansion drängt? Wie hätte ein zu einer nicht unter Wachstumszwang stehenden Wirtschaft und Gesellschaft korrespondierendes Geldsystem auszusehen?" Wenn Peukert auch die endgültig detaillierte Antwort auf die Frage schuldig bleibt (work in progress?), so scheint für ihn zumindest klar zu sein, dass eine Vollgeld-Reform ggf. keine hinreichende, aber doch eine notwendige Bedingung für dieses Geldsystem neuen Typs ist, denn: „Diese Maßnahmen im Geld- und Finanzbereich wirken nicht nur die Finanzmärkte stabilisierend, sondern vor dem Hintergrund dieser ökologischen Überlegungen auch die Gesamtgesellschaft beruhigend." Und nach allem, was geschah, „bedarf es jetzt einer Phase der Beruhigung. Die unter einer Hyperaktivitätsstörung leidende Menschheit muss herunterkommen vom Prinzip des Mehr, Schneller, Höher und Weiter und sich und die Ökosphäre regenerieren (lassen)."

Der postulierte Wandel erfordert u.a. auch eine entsprechende Eskortierung des geistig-

kulturellen Überbaus, eine „Suffizienzrevolution des Genug". Den „Ökopreneuren" der Zukunft wird mindestens soviel Kreativität und Innovationskraft abverlangt werden wie den gegenwärtigen Entrepreneuren. Dass das alles sehr schwierig werden wird, weiß Helge Peukert selbst, aber auch, dass es gleichwohl notwendig und unabdingbar ist: „Wenn wir realistisch sein wollen, müssen wir es wagen, das Unmögliche zu fordern." *Thomas Betz*

Friedrich Schorlemmer
Die Gier und das Glück – Wir zerstören, wonach wir uns sehnen

Freiburg/Br.: Herder-Verlag, 2014. 174 Seiten.

Der bekannte Autor, Theologe und Publizist schrieb dieses Buch im Nachgang zu seinem ZEIT-Artikel „Geld und Gewissen – Das Prinzip Gier", der am 11. Juli 2013 in dieser Wochenzeitung erschien und eine große Diskussion in ZEIT-ONLINE (130 Kommentare) ausgelöst hat. Wohl wegen seiner apodiktischen Diktion in diesem Beitrag, die zu manchem Missverständnis führte („Der Mensch muss einen zügelnden Herrn über sich haben."), waren die meisten Beiträge kritischer Natur. Dies veranlasste Schorlemmer dazu, wie er es selbst im Nachwort schreibt, diese „Überlegungen weiterzuentwickeln". So entstand dieses Buch „Die Gier und das Glück", das den Spannungsbogen Glück und Gier als kreative Lebenskunst betrachtet, die sich für den Menschen mit dem Entschluss verbindet, „*einfach* zu leben, mit dem Wunsch, einfach zu *leben*". (S. 13) So gehören für Schorlemmer „Glück und Gier" ebenso wie „Glück oder Gier" zusammen. (S. 16) In dieser Dialektik spürt er in 24 essayhaften Abschnitten dem Sinn des Lebens nach, der das Glück ausmacht. Mit brillanten Wortspielen und klarsichtiger Sprache, die eine wahre Leselust hervorrufen, versucht er Schritt für Schritt zwischen den Extremen die Lebenskunst Glück zu beschreiben. „Glücklich ist nach meiner Auffassung, wer das Intensive und das Extensive als ein Gleichgewicht zu leben vermag." (S. 52) Oder: „Das Karge schätzen, aber nie das Schöne entbehren. ... Das Bescheidene bevorzugen, ohne das Genießende zu unterlassen." (S. 57) Wie aber gelingt dies in einer Gesellschaft, die Mehr-Haben-Wollen mit Glück verwechselt? –

Schorlemmer appelliert an die Willensfreiheit des Individuums, kluges Maßhalten zu verwirklichen („Verlieren wir den Sinn für kluges Maßhalten, büßen wir das Augenmaß für das Leben und das Lebendige ein." S. 139) Er unterstreicht dies mit einer Unmenge von Zitaten (weniger wäre mehr gewesen!) aus der Bibel, von Kirchenvätern, Philosophen, Schriftstellern und Künstlern, die alle hilfreich sein mögen, aber nur für ein bestimmtes Bildungsbürgertum ausgewählt sind. Hier ist der Autor mehr Prediger denn Gesellschaftsanalytiker. Sonst hätte er auch die Ergebnisse der Glücksforschung aufgegriffen, die weiter reichen als seine Ausführungen zeigen. So mangelt es auch an einer genauen Begriffsbestimmung von Gier. In der Psychologie wird eindeutig zwischen Begehren und Begierde unterschieden, der Schorlemmer nicht folgt, obwohl er intuitiv selbst die Unsicherheit spürt, wenn er schreibt: „Es gibt auch ein Begehren (eine Gier?) nach Reinheit, die in jedem Fall unerfüllt bleiben muss." (S. 121) Unbefriedigend bleibt für den Leser auch, dass der Autor zwar die „Weltrevolution" mit neuen Kriterien für eine gerechte Finanz- und Wirtschaftsordnung fordert (S. 110), aber nicht über schon bekannte und vorgelegte Kriterien berichtet, die die „Transformation der Geld- und Eigentumsordnung" beinhalten, die z. B. Ulrich Duchrow in seinem Buch „Gieriges Geld" (München 2013) vorgelegt hat. Dies überrascht insofern, da Schorlemmer zwar Duchrows Buch zitiert, aber nicht dessen Kriterien rezipiert. (S. 67) Vielleicht liegt dies daran, dass Schorlemmer nur das Individuum im Blick hat, nicht aber die Wechselwirkung, die zwischen kapitalzentrierter Wirtschaft und menschlicher Psyche besteht („Weltveränderung ist zuvörderst Selbstveränderung" S. 122). Dennoch zweifelt er selbst an dieser Weltveränderung durch Selbstveränderung, wenn er abschließend schreibt: „Weil wir uns nicht ändern werden, müssen wir eine so gelassene wie exakt vorgehende Praxis entwickeln, welche die große Katastrophe verhindert, ohne an die Grundsubstanz des menschlichen Irrstrebens gehen zu wollen."

(S. 163) Ob aber diese Praxis so aussehen wird und wünschenswert ist wie es der Autor fordert („Technologische Furchtlosigkeit plus christliche Demut“ S. 163), bleibt eine offene Frage, die mehr Skepsis als Optimismus bei dem Rezensenten auslöste. *Christoph Körner*

Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann über die „Krisenökonomik“

„Ökonomen haben seit jeher nicht den allerbesten Ruf, auch in der akademischen Welt. Zu profan mögen manchem die Themen vorkommen, mit denen sich Ökonomen beschäftigen: zum Beispiel Geld. So schrieb Silvio Gesell im Jahre 1911: ‚Es gibt interessantere Studienobjekte als das Geld, besonders für hoch fliegende Geister und vornehme Naturen. Religion, Biologie, Astronomie usw., all das ist unendlich an- und emporziehender als das Studium des Geldes.‘

Silvio Gesell selbst fand das Studienobjekt übrigens interessant genug, um eine eigene Lehre vom Geld zu entwickeln, die aus heutiger Sicht allerdings nicht gerade dem Mainstream zuzurechnen ist. Zum Glück gab es in den darauf folgenden 100 Jahren aber noch genügend andere ‚hoch fliegende Geister‘, die das Studium des Geldes und der Wirtschaft anziehend und emporziehend fanden. ...

Die globale Finanzkrise wurde ja des Öfteren mit dem Bild vom ‚Beben an den Finanzmärkten‘ umschrieben. Das Bild ist jedoch schief. Denn im Gegensatz zu einem Erdbeben ist die Finanzkrise keine Naturkatastrophe. Im Gegenteil: Die Krise ist zu 100 % von Menschen verschuldet. ... Die Krise ist für die Ökonomen eine große Herausforderung. Sie hat so einiges infrage gestellt, was vor der Krise nicht infrage stand. Und die Krise hat neue Fragen aufgeworfen. Die Ökonomen müssen sich diesen neuen Fragen stellen, ihre Rolle und Verantwortung auch selbstkritisch hinterfragen. Und sie müssen auf manchen Feldern neu denken.“

Dr. Jens Weidmann, Krisenökonomik – die Krise als Herausforderung für die Ökonomen, in: Deutsche Bundesbank – Auszüge aus Presseartikeln Nr. 26/2013, S. 3-6.

Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Seit rund 40 Jahren sichert die Stiftung das regelmäßige Erscheinen der „Zeitschrift für Sozialökonomie“. Inzwischen kamen weitere Aufgaben hinzu wie die Förderung von Tagungen und Veröffentlichungen aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform sowie der Aufbau eines eigenen Archivs, das als Sondersammlung in die Bibliothek der Universität Oldenburg integriert ist.

Die Stiftung konnte schon bisher diese Aufgaben nur dank einiger Vermächtnisse und Spenden erfüllen. Die finanziellen Zuflüsse der letzten Jahre reichen jedoch angesichts wachsender Aufgaben in schwieriger werdenden Zeiten nicht aus, um die Fortführung dieser Tätigkeiten auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Es wäre fatal, wenn gerade in einer Zeit, in der die Geld- und Bodenreformgedanken erfreulicherweise wieder mehr Beachtung finden, die Stiftung ihre fördernde und manches wichtige Projekt erst ermöglichende Tätigkeit nicht wenigstens im bisherigen Umfang fortsetzen könnte. Die Stiftung ist deshalb auf weitere Spenden, Zustiftungen und letztwillige Verfügungen angewiesen.

Ass. jur. Fritz Andres – 1. Vorsitzender
Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe
Telefon + Fax: 06752 - 24 27
www.stiftung-geld-boden.de

Bankverbindung bei der
GLS-Gemeinschaftsbank
BLZ 430 609 67 | Konto-Nr. 102 33 00
IBAN: DE59 4306 0967 0001 0233 00
BIC: GENODEM1GLS

VERANSTALTUNGEN

Liberaler Sozialist, Zionist, Utopist – Der Soziologe und Nationalökonom Franz Oppenheimer (1864-1943)

Eine Ausstellung zum 150. Geburtstag von Prof. Dr. Franz Oppenheimer

14. April bis 31. Mai 2014 | Goethe-Universität Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main

Die Fotoausstellung zeichnet den Lebensweg des Soziologen und Nationalökonomen Franz Oppenheimer nach. Rund 40 Fotografien gewähren Einblicke in sein wissenschaftliches und familiäres Umfeld ebenso wie in den zeitgeschichtlichen Kontext, in dem er sich bewegt hat. Oppenheimer nahm von 1919 bis 1929 die erste soziologische Professur an der Goethe-Universität Frankfurt wahr. In Palästina und in Deutschland war er an der Gründung von landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften beteiligt, von denen er sich als liberaler Sozialist und Vordenker der sozialen Marktwirtschaft vermittels einer ‚inneren Kolonisation' die Lösung der sozialen Frage seiner Zeit erhoffte. Im Jahre 1938 musste Oppenheimer aus dem nationalsozialistischen Deutschland emigrieren und starb 1943 verarmt in Los Angeles.

Weitere Informationen auf der Website:
https://guidewriters.com/Goethe-Universit%C3%A4t%20Frankfurt/832-100_Jahre_Goethe-Uni/77327-Liberaler_Sozialist,_Zionist,_Utopist:

Europäische Degrowth-Konferenz

2. bis 6. September 2014 in Leipzig
Nähere Informationen:
http://leipzig.degrowth.org/de/leipzig/

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTES

Fritz Andres
Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe

Dipl.-Kfm. Thomas Betz
Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Frank Bohner
Hopfauer Str. 23, 70563 Stuttgart

Dipl.-Volksw. Philipp Degens, Mag. Art.
Seminar für Genossenschaftswesen der Uni Köln
Albertus-Magnis-Platz 1, 50923 Köln

Dipl.-sc. pol. Bernadette Felsch, Robert Siegmund & Ulrich Steiner
Erich-Kästner-Str. 32, 89796 München

Prof. Dr. Felix Fuders
Instituto de Economía | Facultad Ciencias Económicas y Administrativas | Universidad Austral de Chile
Camino al Phoenix s/n, Valdivia / Chile

Bijan Kafi
Gotzkowskystr. 15, 10555 Berlin

Dr. Christof Karner
Steinleitenstraße 3, 3232 Bischofstetten/Österreich

Dr. Wolfgang Kessler
c/o Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel

Dr. Christoph Körner
Erlbachtal 40, 09306 Erlau

Prof. Dr. Dirk Löhr
Gregor-Wolf-Str. 19, 66606 St. Wendel

Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen
Bülowstr. 74, 10783 Berlin-Schöneberg

Prof. em. Dr. Hans Georg Nutzinger
Poststr. 4, 69151 Neckargemünd

Oliver Richters
ICBM, Theoretische Physik / Komplexe Systeme
Carl-von-Ossietzky-Straße 9-11, 26111 Oldenburg

Dipl.-Volksw. Tobias Schütze & Dipl.-Volksw. Axel Thorndorff
Trießnitzweg 9, 07745 Jena

Dr. Krister Volkmann
Nansenstr. 10, 14471 Potsdam

Prof. Dr. Johann Walter
c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft
Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

Dipl.-Volksw. und Dipl.-Kfm. Ferdinand Wenzlaff
Hinter der Saline 7, 21339 Lüneburg

Nach einem kurzen Blick auf den zu geringen Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft zeigt Werner Onken in diesem Buch, wie sich zahlreiche DichterInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren Werken auch mit den wirtschaftlichen Grundfragen unseres Daseins beschäftigt haben – mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft, mit dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut sowie mit dem Umgang mit dem Boden und den Naturressourcen.
Die hier zusammengetragenen Beispiele aus der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit bis hin zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben ein eindrucksvolles kulturgeschichtlich-ökonomisches Mosaik. Es soll kulturell kreative und interessierte Menschen ermutigen, Berührungsängste gegenüber der ‚trockenen Materie' der Ökonomie einschließlich ihrer alternativen Denkansätze abzubauen, denn eine gerechte, friedliche und naturverträgliche Zukunftsgesellschaft bedarf ihrer Wegbereitung auch durch die Literatur, Kunst und Musik. Gerade für sie könnten sich darin auch Möglichkeiten einer freien, von Mäzenen, Staaten und Sponsoren unabhängigen Existenz eröffnen.

WERNER ONKEN:
Geld und Natur
in Literatur, Kunst und Musik
285 S., 47 Farb- und 32 Schwarzweißabbildungen,
Pb., 29,90 EURO | ISBN 978-3-87998-460-2

Bestellungen: SOZIALÖKONOMIE-SHOP
www.sozialoekonomie.de

200 Seiten | 22,00 EUR
ISBN 978-3-7316-1013-7

Dirk Löhr
Prinzip Rentenökonomie
Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – zumindest einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet, und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die „Erbsünde" ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die „Einfriedung" weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

metropolis
Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

VERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE

2. überarbeitete Auflage

SILVIO GESELL:
„Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat."
Werkauswahl zum 150. Geburtstag zusammengestellt von Werner Onken

2. überarbeitete Auflage 2012
230 Seiten, Pb.
19,90 EURO [2012]
ISBN 978-3-87998-462-6

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.

Bestellungen:
SOZIALÖKONOMIE-SHOP
www.sozialoekonomie.de

ZfSÖ